



Gorleben Rundschau



Analyse

Die angeblich neue Endlager-suche wiederholt die Fehler der Vergangenheit. Derweil wird der Atommüll immer gefährlicher: Aus Zwischenlagern werden Dauerlager.

Landpartie

Zur 28. Kulturellen Landpartie erwartet Besucher/-innen des Wendlands auch ein umfangreiches Programm der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Das Thema? Natürlich: Gorleben!

Geschichte

Mit der Standortbenennung Gorlebens begann im Wendland eine einzigartige Widerstandsgeschichte. 1977 gelang dort, was kurz zuvor und andersorts noch undenkbar war.

Sand in der Maschine

In meinem Arbeitsraum hängt ein Foto, das meinen Vater in Gorleben zeigt, vor einer sehr großen Schar Demonstrant/-innen. Er lächelt ein wenig, wohl erstaunt über den großen Zuspruch. Da er auf einer Bühne steht, von Mikrofonen umringt, könnte man auf den ersten Blick denken: Ein Rockkonzert?

Robert Jungk war konstant unterwegs, zu Vorträgen, Konferenzen, Seminaren.

Kehrte er nach Hause zurück, fragte ich ihn nicht selten: Wie viele Leute kamen denn zu deinem Vortrag? Antwortete er mir: „Sieben, acht, vielleicht neun Zuhörer/-innen“, dann kritisierten wir ihn heftig, meine Mutter und ich: „Und dafür musstest du nach X, Y, Z reisen, dich der anstrengenden Reise unterziehen?“

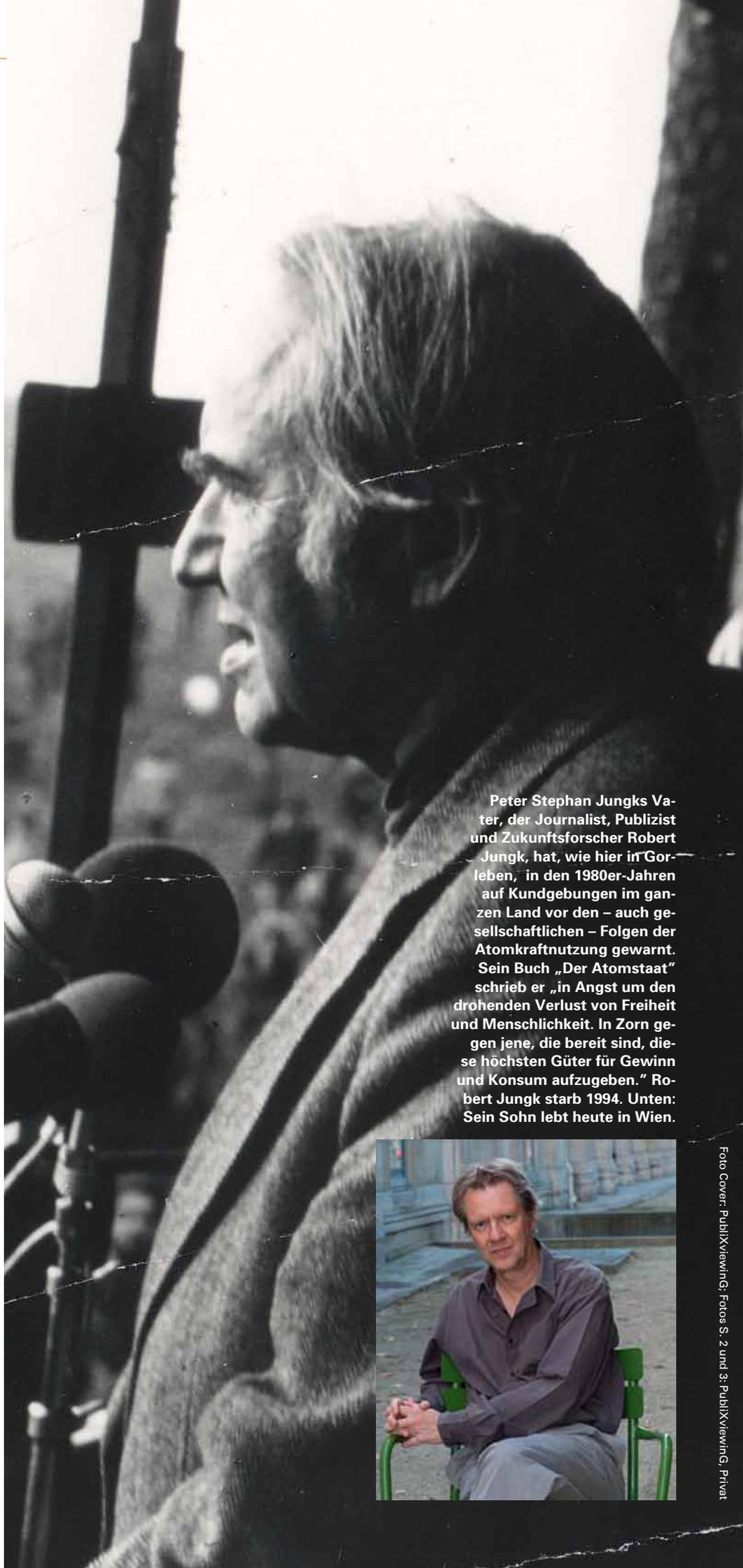
Das ließ mein Vater nicht gelten: „Wenn unter den neun Leuten auch nur Einer war, oder Eine, dem oder der meine Worte etwas bedeutet haben, dann hat sich meine Reise bereits gelohnt.“

Nach seiner ersten Rückkehr aus Gorleben, ich erinnere mich gut, erzählte er von den unüberschaubaren Massen, die ihm zugehört hatten. Vater meinte, er habe selten größeren Zuspruch erfahren, als während seiner Rede in Gorleben, zwei Jahre nach der Gründung der Bürgerinitiative. Kurz zuvor, Ende März 1979, war es zum Atomunfall in Harrisburg auf Three Mile Island gekommen. Ein harmloser Vorfall, verglichen mit jener Katastrophe, die sieben Jahre später Tschernobyl heimsuchen sollte. Vaters Gorlebener Warnrufe haben sich damals mit Sicherheit sehr viel mehr als ein oder eine Zuhörer/-in zu Herzen genommen.

Ein Zeitungsausschnitt aus dem Weser-Kurier zitiert ihn mit den Worten: „Wir werden nicht schweigen, denn wir sind der Sand in der Maschine der Großen. Wir werden die Maschine zum Stehen bringen.“

Ich glaube fest daran: Robert Jungks Kampf gegen die Atomkraft ist das wichtigste Erbe, das er uns hinterlassen hat.

Peter Stephan Jungk
Schriftsteller



Peter Stephan Jungks Vater, der Journalist, Publizist und Zukunftsforscher Robert Jungk, hat, wie hier in Gorleben, in den 1980er-Jahren auf Kundgebungen im ganzen Land vor den – auch gesellschaftlichen – Folgen der Atomkraftnutzung gewarnt. Sein Buch „Der Atomstaat“ schrieb er „in Angst um den drohenden Verlust von Freiheit und Menschlichkeit. In Zorn gegen jene, die bereit sind, diese höchsten Güter für Gewinn und Konsum aufzugeben.“ Robert Jungk starb 1994. Unten: Sein Sohn lebt heute in Wien.



In unserer rasenden, digitalen Cyber-Ära bleibt oft nur wenig Zeit für die Kernbotschaften der trägen, alten analogen Welt. Eine ganze Polit- und Nachrichtenindustrie hat längst erkannt, dass auch wesentliche Informationen nur dann Chancen darauf haben, nebenwirkungsfrei vom Konsumenten absorbiert zu werden, wenn sie konsequent auf prägnante Kernbotschaften und griffige Schlagzeilen zusammengeschrumpft werden. Und von dieser rationalisierten Simplify-Logik sind hochkomplexe Sachverhalte und überlebenswichtige Inhalte sogar ganz besonders betroffen, selbst wenn sie auf diese Art ihren wesentlichen Sinngehalt einbüßen. „Irgendwo muss der Müll ja hin“ und „Neustart für die Endlager-Suche“ sind solche Kurzaussagen, die verschleiern sollen, dass Atommüll auch aktuell noch täglich irgendwo herkommt und dass es womöglich schon die Vorfestlegung auf ein geologisches Tiefenlager als solche war, die nach den katastrophalen Er-

fahrungen der letzten Jahrzehnte mindestens einer kritischen Überprüfung bedurft hätte. „Ergebnisoffen“ wird ein solches Verfahren dann betitelt, auch wenn es auf nicht mehr als die einseitigen Ergebnisse jahrzehntelanger, interessengeleiteter Forschung zurückgreifen kann und jetzt schon absehbar ist, dass am Ende wieder „alternativlos“ stehen wird, obwohl doch allen Eingeweihten bewusst ist, dass es bei diesem unlösbaren Dilemma stets nur um eine diskursive Abwägungsscheidung gehen kann.

Glasklare Kriterien“ hat eine Kommission in jahrelanger Arbeit angeblich erarbeitet, die bei genauerem Hinsehen allerdings erst von einer neuen Atommüll-Superbehörde erlassen werden, in welcher schon jetzt das Gerangel um politische Mehrheiten die Oberhand hat, so wie am Ende womöglich überhaupt eine politische Entscheidung stehen könnte. Wenn Sie nun denken, dass dies ein Gezeter gegen po-

litische Eliten und die freie Presse sein soll, wie es eine dumpfe Rechte gerade gerne vorträgt, dann haben Sie natürlich weit gefehlt. Das Gegenteil ist der Fall. Aber neben der zunehmenden Zensur durch neue Diktatoren und solche, die es noch werden wollen, gibt es womöglich auch so etwas wie die freiwillige Selbstzensur von Medien unter dem Druck der Gesetze des Marktes und die vorausseilende Delegation der Selbstbestimmung an Behörden und staatliche Gremien unter dem Druck von Informationsflut und Alltagskomplexität.

Nehmen Sie es bitte vielmehr als Anregung, sich an die Quellen der Informationen zu begeben, Beschlüsse und Gesetze im Original zu lesen, mit Betroffenen zu reden, Hintergründe zu erfragen. Und mischen Sie sich bitte ein und fragen Sie nach. Wer außer Ihnen sollte das schließlich tun? Und vielleicht liegt der nächste Atommüll näher als Sie denken.



**Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-
Dannenberg**

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V., Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac), Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk), Kerstin Rudek (kr)
Weitere Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: wie namentlich gekennzeichnet
Gestaltung: Andreas Conradt



Druck: dieUmweltdruckerei GmbH
 Lohweg 1, 30559 Hannover
 Auflage: 6800, gedruckt auf
 Recyclingpapier Circle Matt White
**Weitere Infos, Leserbriefe und
 Feedback auf der Website:**
www.gorleben-rundschau.de



Gorleben Archiv Unsere Geschichte

Beim Castor-Sixpack im März 1997 zählten alle Seiten neue Superlative. Über 20000 Menschen verteilten sich nach einem vorher besprochenen „Streckenkonzept“ auf der gesamten Länge der Schienen- und Straßenstrecke im Wendland. Die Camps, in denen viele Auswärtige Quartier bezogen, wurden von hiesigen Castorgruppen organisiert und versorgt. Der Castor-Konvoi bestand in diesem Jahr aus sechs Behältern. 30000 Beamte waren bundesweit zur Sicherung des Transportes unterwegs – allein 20 000 davon in Lüchow-Dannenberg.

Am Ende säumten Polizist/-innen die Strecke bis zum Zwischenlager. Immer wieder kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Als der Castor-Konvoi die Sitzblockierer vor dem Verladekran schon passiert hatte, griffen BGS Beamte aus Hubschraubern heraus die Bauernblockade in Splietau an. Es wurden Reifen von fünfzig Traktoren mit SEK-Messern zerstoßen, die Ventile mit Bolzenschneidern abgekniffen und Zündkabel zerschnitten. Nach dem ersten Schock über diesen eiskalten Racheakt dauerte es nicht lange, bis Solidarität gezeigt wurde. Viele Werkstätten stellten ihre Arbeit und Ware kostenlos zur Verfügung. Durch eine Trecker-Solidaritätsaktie konnte die Bäuerliche Notgemeinschaft einen Fond einrichten, der es den geschädigten Landwirten möglich machte, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Über 17000 DM forderten Landwirte aus Lüchow-Dannenberg vom Land als Schadensersatz für ihre Treckerreifen. Vier Jahre später entschied das Lüneburger Gericht den Polizeieinsatz für unverhältnismäßig und rechtswidrig. (bh)

Recht Schmerzensgeld rechtens

Sechs Jahre nach dem letzten Castor-Transport nach Gorleben hat das Bundesverfassungsgericht einer Beschwerde stattgegeben. Eine Atomkraftgegnerin, die im November 2011 bei kühlen Temperaturen um 5 Grad und Nässe rund zehn Stunden von der Polizei eingekesselt wurde, verlangte Schmerzensgeld. Das Landgericht Lüneburg und in der Berufungsinstanz des Oberlandesgericht Celle hatten das zurückgewiesen, obwohl die Polizeiaktion als rechtswidrig eingestuft worden war. Doch die Berufung vor dem Bundesverfassungsgericht hatte Erfolg: Nun muss der Prozess neu auf-

gerollt werden. Die Beschwerdeführerin hatte darauf gedrungen, richterlich vernommen zu werden. Die Polizei kam dem nicht nach, sondern ließ stattdessen alle Eingekesselten nach Durchfahrt des Castortransports zögerlich frei. Die Betroffene machte daraufhin einen Entschädigungsanspruch geltend. Den sieht das BVerfG als gerechtfertigt an: „Gerade dieser Willensbeugung und dem Ausgeliefertsein der staatlichen Hoheitsgewalt kann eine abschreckende Wirkung für den künftigen Gebrauch grundrechtlich garantierter Freiheiten – namentlich der durch Art. 8 Abs. 1 GG geschützten Teilnahme an Demonstrationen – zukommen.“ (we)



ASSE 50 Jahre Einlagerung

Anfang April wurde an der ASSE ¹ der ersten Einlagerung von Atommüll vor 50 Jahren gedacht. Am 4. April 1967 wurde das erste Atommüll-Fass nach unter Tage gebracht. In den folgenden knapp 12 Jahren wurden bis Ende 1978 rund 50000 Kubikmeter Atommüll eingelagert, darunter etwa 28 Kilogramm Plu-

tonium, 102 Tonnen Uran, rund 87 Tonnen Thorium und 500 Kilogramm Arsen. „Der Betreiber scheint durch die geplanten Verfüllmaßnahmen die Bergung eher zu erschweren statt zu befördern“, so die Bürgerinitiativen und Verbände im Asse-II-Koordinationskreis. „Wir hingegen mahnen ein zügiges Umsetzen der Rückholung des Atommülls an.“ ² (pm)





Reise
Tour de Natur

Eine Radtour gegen Atomkraft, für eine ökologische Mobilität und für den Frieden – das alles bietet die diesjährige „Tour de Natur“, an der vom 29. Juli bis 12. August rund 150 Teilnehmer/-innen den Südwesten Deutschlands erkunden können. Geplante Stationen sind Mulhouse, Freiburg, Offenburg, Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim.

Unweit von Freiburg und Colmar steht in Fessenheim das älteste und eines der gefährlichsten AKWs Frankreichs. „Radioaktivität macht nicht an Staatsgrenzen halt, deshalb unterstützen wir den Widerstand auf beiden Seiten der Grenze“, so die Veranstalter/-innen.

Darüber hinaus ist auch geplant, mehr über den Widerstand gegen das AKW Wyhl in Erfahrung zu bringen, der vor 40 Jahren das geplante Atomkraftwerk auf deutscher Seite verhindert hat. Schließlich stellt die Tour de Natur am 12. August zusammen mit anderen Initiativen ein Friedensfest in Ramstein auf die Beine – nur wenig von der US-Militärbasis entfernt. Die Etappen sind zwischen 30 und 60 Kilometer lang. Mehrere Tage ohne Ortswechsel ermöglichen Workshops und Exkursionen. Übernachtet wird in Turnhallen oder im eigenen Zelt. Eine mobile Küche sorgt vegan fürs leibliche Wohl. Das Mitradeln ist auch spontan möglich. Anmeldung im Internet ↻³ oder telefonisch unter 0351 - 494 33 54. (pm)

“
In
Why! steht
die Wiege
der
deutschen
Umwelt-
bewegung

Ausstellung
Gorleben soll leben

Seit rund 40 Jahren wehren sich Atomkraftgegner/-innen gegen das geplante Atommüll-„Endlager“ in Gorleben. Die Ausstellung „Gorleben soll leben“ der bundesweit agierenden Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt offenbart kurzweilig und informativ auf vier Plakaten Hintergründe, Fakten und Fotos zur Geschichte eines Konflikts, der bis heute andauert. Die Plakatserie eignet sich für alle Räume mit Publikumsverkehr, aber auch für Infostände. Sie kann im Web-Shop von .ausgestrahlt ↻⁴ im Internet bestellt werden. (pm)



BI-Büro
Aktion und Politik

Der März stand im Zeichen der Feierlichkeiten zu 40 Jahren BI in den geschichtsträchtigen Trebeler Bauernstuben. Wir bedanken uns noch einmal herzlich für so viel Zuspruch und gute Wünsche aus allen Ecken der Republik. Weit weniger Zuspruch fanden unsere Einwendungen zum Standortauswahlgesetz. Trotz aller Bemühungen in Kleinstarbeit, vorangetrieben durch Wolf-Rüdiger Marunde, verhalf eine eiligst abgehaltene Anhörung im Bundesumweltausschuss völlig. In der vierminütigen Redezeit des BI-Vorsitzenden Martin Donat fiel eine differenzierte Betrachtung der Atommüllpolitik natürlich der Zeitvorgabe zum Opfer.

Also raus auf die Straße und durchatmen. Unter dem Motto „6 Jahre Fukushima – 40 Jahre Gorleben – Lügen, pfuschen und vertuschen“ versammelten sich Atomkraftgegner/-innen am Fukushima-Jahrestag an den Atomanlagen in Gorleben.

Einen ganz anderen Blick auf globale Zusammenhänge ermöglichte der Vortrag von Michael Koch auf Einladung der AG Fracking. Seit Jahrzehnten ein Streiter für die Rechte der American Natives, präsentierte Koch Informationen über die Aktivitäten in „Standing Rock“. US-Präsident Trump hat dort mittlerweile grünes Licht für den Bau einer Pipeline gegeben. Die Vernetzung im Bereich der Klimapolitik wird auch für die BI immer wichtiger. Neben der Zusammenarbeit mit dem lokalen Klimaschutzmanager, wird auch auf internationaler Ebene weiter daran gearbeitet. Ein Aufleben der „Don't nuke the climate“-Kampagne zum Klimagipfel ist ebenso zentrales Anliegen wie das Etablieren einer Klima-AG mit Anbindung an die BI. (tk)



Nachgetreten Happy together?

Ob ich mir vorstellen kann, in der GR eine „Kolumne“ zu starten? „Entweder du knöpfst dir 'n ‚aktuelles Thema‘ oder den ‚Zustand des wendländischen Widerstandes‘ vor“, so die Regie aus'm Off. Was heißt hier „oder“? Ist jener Zustand nicht auch immer aktuelles Thema zugleich? „Hm, Kolumne“, dacht' ich nun schlecht gelaunt, „was'n das für'n Punk?“ Nach 'nem Blick ins Lexikon wurd's schlicht als „regelmäßig launige Stimmungsmache gegen und für Alle/-s und Jede/-n“ übersetzt. Punk vom Feinsten. Hat Punk doch schlechte Laune erst nachhaltig kultiviert. Dass im „Lex“ auch was von „Leitartikel“ stand, machte auch schön schlechte Laune. Nach Leithammel ist mir nun gar nicht. Hat's Wendland diese nicht eh zu Genüge? Selbst mit Führerschein will man nicht gleich Führer sein. Kolumne oder Punk heißt demnach nichts weiter, als regelmäßig das launig zu sagen, was man immer so sagt – ohne Anderen gleich was zu sagen zu haben. Bei so viel schöner schlechter Laune, feinstem Punk und viel Leitgetier sag' ich mal schlicht und frei: Solang' man im Wasser steckt, spürt man die Nässe nicht. Nach 'ner BI-Veranstaltung sagte mir dagegen einer sinngemäß, der wohl meint, was zu sagen zu haben: „Wenn alle so leben würden wie wir“, wies dabei auf seine weibliche Begleitung, die nämlich ein Biogärtchen hegt und pflegt, „dann wäre alles gut.“ Ach so! Und wer baut dann das „Bio“-Auto, mit dem beide zur Veranstaltung fahren? Mit Sprit, der Luft verpestet. Sollen wirklich Alle so „bio“ leben? Na, darauf launig 'ne „Milde Sorte“ – denn das Leben ist hart genug. Honi soit qui mal y pense! (bodo)

Gorleben I Akten vernichtet?

Der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) sind Informationen zugespielt worden, dass es auf dem Gelände des so genannten Erkundungsbergwerks im März und April zu umfangreicher Vernichtung von Akten gekommen sei. Die Quelle sprach gar von „allen Akten des Bergwerks“, inklusive solcher, die aus der Vermessung des Salzstocks reultieren. Weder Wahrheitsgehalt der Aussage noch Inhalt der Akten konnten von der BI überprüft werden. (gr)



Symbolbild



Die Bürgerinitiative bittet um Hilfe:

Wenn ihr im Wendland auffällige Container-LKW mit dem Radioaktivitätszeichen seht, meldet euch bitte im BI-Büro und nennt Standort und Fahrtrichtung. Hotline: 05841-4684

Neckar-Castor Viele Aktionstage

An der Schiffsanlegestelle am AKW Obrigheim finden seit April Baumaßnahmen statt. Der Transport von 15 Castoren vom AKW Neckarwestheim zum AKW Obrigheim soll in diesem Jahr stattfinden, zu Redaktionschluss lag jedoch noch keine Transportgenehmigung vor. Aktionstage prägen derweil die Proteste rund um das Bündnis „Neckar castorfrei“. Am 30. April fand ein Fahrradaktionstag mit über 100 Teilnehmenden statt, der nächste Aktionstag zu Wasser und zu Land startet am 21. Mai um 12 Uhr in Kirchheim. Viele weitere Informationen zum geplanten Transport und die Möglichkeit, sich in eine SMS-Alarmliste einzutragen, gibt es auf der Internetseite [↻⁵](#) „Neckar castorfrei“. (kr)



Gorleben II Strahlung oder nicht?

Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) hat erneut dargelegt, dass das Zwischenlager in Gorleben „keine radiologischen Auswirkungen auf die Umgebung“ habe. „Das ist eine Beruhigungsspiel, die man nicht schlucken sollte“, warnt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). Denn mit immer wieder neuen Maßnahmen schaffe es die GNS, in ihren Berichten die Strahlendosis niedrig erscheinen zu lassen: „Es wurde durch verschiedene Änderungen der Messanordnung und der Berechnungsverfahren der natürliche Strahlenuntergrund auffällig hoch dargestellt.“ Sehr umstritten ist in den Augen der Fachgruppe Radioaktivität der BI auch die angeblich erhöhte natürliche Gamma-Dosis-Leistung am Zaun, die laut GNS auf einen Schotterweg zurückzuführen ist. „Wenn man von der insgesamt gemessenen Strahlendosis einen hohen natürlichen Anteil abzieht, erhält man natürlich den gewünschten niedrigen Anteil aus den Castoren im Zwischenlager.“ (we)

BI goes KLP Herzlich Willkommen zur Kulturellen Landpartie

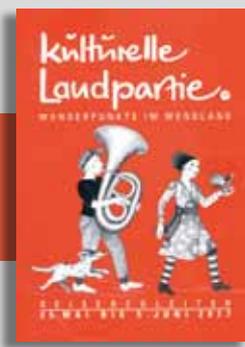
Von Himmelfahrt bis Pfingsten, vom 25. Mai bis zum 5. Juni findet im Wendland die mittlerweile 28. Kulturelle Landpartie \rightarrow^6 statt. Getreu ihrer Wurzeln im Widerstand gegen die Atomanlagen in Gorleben, nennen sich die einzelnen Ausstellungsorte doppeldeutig „Wunde.r.punkte“. Da darf natürlich auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) nicht fehlen \rightarrow^7 . Erneut wird sie am wundesten aller Punkte dauerhaft präsent sein: an den Atomanlagen in Gorleben. Am Freitag vor Pfingsten, dem 2. Juni, wird dort ab 14 Uhr die **Kulturelle Widerstandspartie** stattfinden.

Aber auch abseits dieser Großveranstaltung gibt es allerhand zum Thema zu sehen, denn auch die Wunde.r.punkte setzen sich mit den Themen Gorleben und Atomkraft auseinander. Im Reisebegleiter der Kulturellen Landpartie finden sich alle Informationen zu den einzelnen Punkten, jeweils mit Programm und vielen Hintergrundinformationen. An über 50 Orten wird es zudem die **BI-Infokisten** geben. In ihnen finden Besucher/-innen eine Auswahl an aktuellen und grundsätzlichen Informationen zur Gorleben-Auseinandersetzung. Pins, Buttons,

Aufkleber und kleine Accessoires runden das Angebot ab und bieten allorts einen schnellen Zugriff auf Informationen. Das große **Infozelt** der Bürgerinitiative gastiert erneut auf der Mützingenta in Mützingen und wird sicher wieder Anlaufpunkt für alle Interessierten sein. Die komplette Auswahl aller BI-Materialien – von Lifestyle bis Detailinformationen und Hintergrundgespräch –, hier finden Besucher/-innen alles, was das Herz begehrt.

Ebenfalls täglich präsentiert sich die **Gorleben Rundschau**, das Magazin der BI, an einem neuen Wunde.r.punkt. In Neu Darchau können Fans des gedruckten Worts alles über die Gorleben Rundschau erfahren: Hintergrundinfos, in alten Ausgaben schmökern und natürlich auch die Macher/-innen kennenlernen.

An den Atomanlagen in Gorleben herrscht nicht nur zur Kulturellen Widerstandspartie reges Treiben. An den Wochenenden können sich Interessierte dort zu allgemeinen und **Fachvorträgen** einfinden. Die BI und ihre Fachgruppen informieren direkt am Ort des Geschehens über die Probleme.



Links: Der Flyer der Widerstandspartie

Rechts: Infos zur KLP und Bezugsquellen für den Reisebegleiter gibt es auf www.kulturelle-landpartie.de

Die Gorlebener Atomanlagen

Vortrag und Spaziergang, Atomanlagen Gorleben

Fr., 26. Mai, 13 und 15.30 Uhr

Sa., 27. Mai, 13 Uhr

So., 28. Mai, 11 Uhr

Sa., 3. Juni, 13 und 15.30 Uhr

So., 4. Juni, 11 und 15.30 Uhr

Grundwasser schützen – Gefahren durch Fracking

Vortrag der AG gegen Fracking, Atomanlagen Gorleben

Sa., 27. Mai, 13 Uhr

Strahlung und Geologie – Grundsätzliche Betrachtungen

Vortrag der AG Radioaktivität, Atomanlagen Gorleben

So. 28. Mai, 15.30 Uhr

Film „Seefeuer“

Die „Öko-Politfilmreihe“ gastiert im KW6

Politischer Wunde.r.punkt Klein Witzeetze 6

Di., 30. Mai, 18.30 Uhr

Hutkasse

Gorleben, oder wie wir den Deckel endgültig draufmachen

Vortrag und Diskussion

Standortinitiative trifft weltweiten Anti-Atom-Widerstand

Kerstin Rudek und Günter Hermeyer

Wunde.r.punkt „Alte Schule“ in Zadrau

Mi., 31. Mai, 15.30 Uhr

Die Gorleben-Geschichte

Auf einer Veranstaltung des Gorleben Archivs werden der Grundbesitzer Andreas Graf von Bernstorff, Landwirt Hans-Werner Zachow, die Künstlerin Uta-Helene Götz, Anti-Atom-Aktivist Olli Rausch und andere Zeitzeugen über ihre ganz persönlichen Erfahrungen berichten – mehr als ein Rückblick auf 40 Jahre Widerstand.

Politischer Wunde.r.punkt Klein Witzeetze 6

Do., 1. Juni, 16 bis 18 Uhr

Hutkasse

Gorleben Archiv

Das Gorleben Archiv bearbeitet, bewahrt und archiviert den mehr als 40-jährigen Gorlebenwiderstand: Geschichte, die noch nicht Geschichte ist.

Gorleben Archiv, Rosenstraße 17, Lüchow

Mo., 29. Mai, 11 bis 15 Uhr

Do., 30. Mai, 11 bis 15 Uhr

Sa., 3. Juni, 11 bis 15 Uhr

Mit Eseln über den Salzstock zum Bohrloch 1004

Geführte Eselwanderungen

Von Trebel zum Platz der Freien Republik Wendland

täglich 11 Uhr (witterungsabhängig), Dauer ca. 3 Stunden

Bitte anmelden bei Gerhard Has: 0174 - 971 29 56

Hutkasse

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird zzt. noch von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) betrieben, die zu 98 Prozent den vier großen Energiekonzernen gehört. Ab 2019 übernimmt der Staat. Das TBL befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und beherbergt:

➤ Das **Fasslager** zur Lagerung von schwach und mittel aktivem Müll. Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische Gebinde angeliefert.

➤ Die oberirdische **Castorhalle** hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.

➤ In der **Pilotkonditionierungsanlage (PKA)** soll getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Auch schadhafte Behälter könnten in der PKA repariert werden. Bislang ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Bundesgesellschaft für Entsorgung (BGE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

➤ Das **Bergwerk** wurde größer aufgefahren, als es für die reine Erkundung notwendig wäre. Kritiker befürchten deshalb, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!

Jugend Umweltbildung

In einem Projekt in Kooperation der bundesweit aktiven Organisationen „Trägerkreis Atommüllreport“ und der Jugendorganisation des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUNDjugend) können sich Jugendliche seit April fundiertes Wissen über die Atommüllproblematik erarbeiten. Außerdem sollen sie für eine qualifizierte und sachliche zivilgesellschaftliche Diskussion über den Umgang mit radioaktiven Abfällen fit gemacht werden und helfen, den Diskurs in die neuen Medien zu transportieren. „Die Atommülldebatte ist noch nie einfach

gewesen“, sagte dazu Dr. Matthias Miersch, MdB und Kuratoriumsmitglied der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) ⁸. „Viele Generationen werden von diesem komplexen Thema noch betroffen sein. Daher ist es wichtig, das umfangreiche und über Jahrzehnte aufgebaute Wissen in der Zivilgesellschaft an die junge Generation weiterzugeben. Ein solcher Wissenstransfer trägt zu einer sachlichen und kompetenten Diskussion bei.“ Mit diesen Worten hob Miersch die Bedeutung des im April gestarteten und von der DBU fachlich und finanziell geförderten Umweltbildungsprojektes hervor. (pm)



Medien Anti-Atom-Zeitschrift

Neben der Gorleben Rundschau gibt es schon seit 1989 ein weiteres ehrenamtlich produziertes Magazin, das sich regelmäßig mit Themen rund um die Atomkraft beschäftigt: Die „anti atom aktuell“ ⁹ ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen. Sie veröffentlicht Berichte, Analysen und Diskussionen der Anti-AKW-Szene. Gelesen wird sie vorwiegend von Menschen aus der Bewegung, die sie im Abonnement per Post zugestellt bekommen. In einigen Städten gehört sie zudem im Buchhandel, in Naturkostläden oder in Infoläden zum Sortiment. Dass die „anti atom aktuell“ auch bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg aufmerksam studiert wird, war zum ersten Mal öffentlich zu erkennen, als in der Allgemeinverfügung zum Castortransport 2001 Passagen aus aktuellen und älteren Heften zitiert wurden. Das Spektrum

der Zeitschrift umfasst nicht nur die deutsche Anti-Atom-Szene. Regelmäßig wird auch über den Kampf in anderen Ländern, über Uranabbau und Energiewende, über Atomwaffen und Friedensbewegung berichtet. Jedes Heft hat einen Themenschwerpunkt, zu dem die im Wendland ansässige Redaktion Beiträge zusammenträgt und veröffentlicht. (pm)



Klimagipfel Kein Aufwind für Atom

Wenn Anfang November in Bonn der 23. Klimagipfel stattfindet, wird die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg als Teil eines großen Bündnisses gegen die Versuche der Atomindustrie protestieren, sich als CO₂-freundliche Alternative zur Energie-

gewinnung aus Kohle und Gas in Position um Fördergelder zu bringen. „Atoms for Peace and Development“, so Günter Hermerer von der BI, „hat es nie gegeben, und deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass Agenturen wie die IAEA wieder neuen Aufwind für eine menschenverachtende Industrie schaffen.“ (gr)



Aktion Den Grünen auf's Dach

Mitte April sind ROBIN WOOD-Aktivistinnen den Hamburger Grünen aufs Dach gestiegen, um Druck zu machen für einen Stopp von Urantransporten ➔¹⁰ durch Hamburg. Zwei Frauen seilten sich am Bürohaus des Landesverbands der Partei ab und entrollten Banner mit Atom-Totenkopf und der Forderung: „Urantransporte stoppen!“

Der rot-grüne Senat hatte 2015 im Koalitionsvertrag vereinbart, darauf hinzuwirken, dass „relevante Unternehmen“ auf Transport und Umschlag von „radioaktiven

Stoffen“ verzichten. Passiert sei aber nichts. Allein 2016 liefen rund 160 Atomtransporte mit radioaktiven Stoffen wie Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid durch Hamburg. Dabei stellte die Hamburger Polizei an Schiffs-transporten 232 Mängel fest, darunter 79 sicherheitsrelevante wie „keine Ladungssicherung“ oder „Loch im Querträger“. „Wer den Atomausstieg will, darf keinen Brennstoff für Atomkraftwerke herstellen und transportieren. Rot-Grün steht in der Pflicht, die Hamburger Bevölkerung vor vermeidbaren Gefahren zu schützen“, so ROBIN WOOD (pm)

79 sicherheitsrelevante Mängel an Atomtransporten hat die Polizei im Hamburger Hafen 2016 festgestellt.

In drei Phasen werden die Suchräume zunehmend eingeengt. Die Vorschläge der Bundes-Gesellschaft für Endlagerung (BGE) werden am Ende jeder Phase vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) geprüft. Damit unterrichtet das Umweltministerium Bundestag Bundesrat. Jede Phase endet mit einem Gesetz.

Phase 1: Ermittlung der Regionen für die *übertägige* Erkundung

Die BGE sammelt vorhandene Geo-Daten und wendet festgelegte Kriterien und Anforderungen auf sie an. Dann veröffentlicht sie ihren Vorschlag für Teilgebiete, den die „Fachkonferenz Teilgebiete“ aus Bürgern, Gemeindevertretern und Experten erörtert. Die BGE führt Sicherheitsuntersuchungen für die Teilgebiete durch und entwickelt Programme für die übertägige Erkundung.

Nach Vorschlag der Standortregionen, richtet das BfE je eine „Regionalkonferenz“ ein, über die die Öffentlichkeit Stellung nehmen und Nachprüfungen fordern kann. Im „Rat der Regionen“ kommen Vertreter der Regionalkonferenzen mit Vertretern der Zwischenlagergemeinden zusammen und begleiten das Verfahren aus überregionaler Sicht.

Phase 2: Ermittlung der Standorte für die *untertägige* Erkundung

Die BGE erkundet übertägig, führt weiterentwickelte Sicherheitsuntersuchungen sowie sozioökonomische Potenzialanalysen durch. Sie wendet zur Ermittlung der Orte für die untertägige Erkundung erneut Kriterien und Anforderungen an und erarbeitet Programme für die untertägige Erkundung.

Phase 3: Festlegung des Standortes für die Endlagerung

Die BGE erkundet die Standorte untertägig, wendet festgelegte Prüfkriterien an, führt Sicherheitsuntersuchungen durch. Sie wendet erneut die gesetzlich festgelegten Kriterien an und erstellt dann einen Standortvorschlag für das Endlager einschließlich eines zugrunde liegenden Standortvergleichs von mindestens zwei Standorten.



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter

➔ www.gorleben-rundschau.de/links

- ➔¹ <http://asse2.de/geschichte-einlagerung.html>
- ➔² www.openpetition.de/petition/online/asse-ii-durch-geplante-verfuellmassnahme-droht-flutung-des-atommueills
- ➔³ www.tourdenatur.net/
- ➔⁴ www.ausgestrahlt.de/shop/produkte/catalogue/plakate-gorleben-ausstellung-4-stuck-a1_481/
- ➔⁵ www.neckar-castorfrei.de
- ➔⁶ www.kulturelle-landpartie.de
- ➔⁷ www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=18523
- ➔⁸ www.dbu.de
- ➔⁹ www.anti-atom-aktuell.de
- ➔¹⁰ www.robinwood.de/kampagnen/atomtransporte-stoppen



Große Geschichte mit offenem Ende

Rebecca Harms' persönliche Bilanz nach 40 Jahren Gorleben

Als im Jahr 1977 in der niedersächsischen Landesregierung entschieden wurde, in der Nähe des kleinen Ortes Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg das Nukleare Entsorgungszentrum der Bundesrepublik zu errichten, war ich 20 Jahre alt. Wenn ich heute darüber nachdenke, was in den ersten Tagen und Monaten nach der Standortentscheidung passiert ist, wie es war, als wir uns in der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. zusammengefunden haben, dann ist das für mich keine einfache Aufgabe. Ich bin vor einiger Zeit 60 Jahre alt geworden. Wenn ich an unseren Aufbruch vor 40 Jahren zurückdenke, wenn ich das Erreichte und das Nicht-Erreichte bilanziere, dann ist das eine Bilanz, die nicht unpersönlich sein kann. Als Mitbegründerin der Bürgerinitiative bin ich befangen, als gewählte Politikerin aus dem Wendland auch. Ich weiß, dass Weichzeichner, Unschärfen und Übertreibungen genau wie Auslassungen oder Fälschungen Teil des Gedächtnisses sind. Wer wissen will, wie es wirklich war,

der darf vielleicht keine Politikerin fragen, sondern muss ins Gorleben Archiv gehen. Denn nach 40 Jahren politischer Auseinandersetzung ist es nicht nur eine Sammlung von Dokumenten und Bildern unserer Vergangenheit. Ich sehe das Archiv als Ermutung für die Zukunft und als Fundament, um den Streit um Gorleben in der nächsten Generation zu gewinnen.

Schon im Vorfeld des 40. Jahrestages der Gorleben-Entscheidung bin ich oft gefragt worden, wie ich unseren Erfolg im Wendland beschreiben und bewerten würde. Geantwortet habe ich darauf: Bis heute ist im Salz unter der Erde bei Gorleben kein hochradioaktiver Müll vergraben worden. Viele Kolleginnen und Kollegen in der deutschen Politik schließen die zukünftige Nutzung des Salzstocks Gorleben als Endlager für Atommüll aus. Sie verweisen auf die Ergebnisse der Endlagerkommission und die Änderungen des Endlagersuchgesetzes. Ich wage das heute noch nicht. Die Chance, dass die Endlagerung im ungeeigneten Salzstock von Gorle-

ben verhindert werden kann, halte ich aber für größer als je zuvor. Im Blick zurück denke ich, dass wir 1977 mit so einem Erfolg nicht wirklich rechnen konnten.

Das Nachdenken über das Jahr 1977, die Standortentscheidung Gorleben und unsere Erfolge führt mich in eine Zeit, in der Deutschland noch ein anderes Land war. Das Land und auch das Wendland endeten zwei Kilometer östlich von dem Gelände, das für die Errichtung eines Nuklearen Entsorgungszentrums ausgewählt wurde. Am anderen Ufer der Elbe, gegenüber dem Dorf Gorleben, lag zuerst das Niemandsland, und dann kam die DDR. Niemand rechnete 1977 ernsthaft mit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Niemand hatte die Absicht oder gar den Plan, mitten in Deutschland eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage mit Anlagen zur Behandlung und zur Zwischen- und Endlagerung von radioaktivem Müll zu errichten. Die Lage Gorlebens im Zonenrandgebiet war ein wichtiger Grund für die Auswahl. Und das Wendland war nicht nur Zonenrandge-

biet, sondern extremes Zonenrandgebiet. Es lag am äußersten Rand des Westens, war dünn besiedelt, arm und politisch mehr als konservativ. Die geografische und die politische Lage prädestinierten den Standort Gorleben. Nicht nur die Außengrenzen der Bundesrepublik verliefen vor 40 Jahren nicht wie heute. Die Gesellschaft und ihre politische Kultur waren anders. Die Standortentscheidung für Gorleben und die Gründung der Bürgerinitiative fielen in die Zeit, die die bleierne Zeit genannt wurde. Es war die Zeit der Konfrontation und gesellschaftlichen Polarisierung, befeuert vom Terrorismus der RAF und den Berufsverboten für angebliche Verfassungsfeinde. Es war also keine selbstverständliche Sache, eine Bürgerbewegung anzuschließen, die zu den Mitteln des zivilen Ungehorsams greifen wollte.

Heute, 40 Jahre später, stehen im Wald bei Gorleben die Zwischenlager für schwach-, mittel- und hochaktiven Müll. Eine Konditionierungsanlage für abgebrannte Brennelemente wurde gebaut, aber nie in Betrieb genommen. Die Wiederaufarbeitungsanlage wurde dagegen nie errichtet. Im Salzstock Gorleben-Rambow wurde ein 1000 Meter tiefes Bergwerk ausgebaut. Radioaktiver Müll wurde bis heute nicht unter die Erde gebracht. Wer die Wiederaufarbeitungsanlagen von La Hague in Frankreich oder Windscale/Sellafield betrachtet, der erkennt sofort, wie die Pläne der deutschen Atomwirtschaft in Gorleben ausgebremst worden sind. Wenn ich das aus der Zeit der Standortentscheidung heraus betrachte, dann gehören unsere Erfolge in die Kategorie der Wunder. Und dass ein Wunder möglich war, hat damit zu tun, dass wir nicht nur gegen die Atomindustrie erfolgreich waren. Ein Erfolg, den es auch zu verteidigen gilt, ist der wendländische Beitrag zur Veränderung der deutschen Gesellschaft.

Die Geschichte unseres Erfolges ist eine Geschichte von Irrtum und Glück, von Liebe, Freundschaft, Verrat und Versöhnung. Es ist eine Geschichte von mutigen und neu-

gierigen Bürgerinnen und Bürgern, von demokratischem Geist und großer Bereitschaft zu bürgerlichem Engagement.

» Der größte Traum

Am Anfang stand ein Irrtum. Als 1977 in Hannover und Bonn die Würfel auf Gorleben fielen, da hatten Ministerpräsident Albrecht und alle anderen ein festes Bild von Lüchow-Dannenberg und seinen Leuten. Der abgehängte Landstrich an der Elbe war so arm und so konservativ, dass Politik und Industrie fest davon ausgingen, dass man mit dem Versprechen auf Ansiedlung moderner Industrie, Schaffung von Arbeitsplätzen und zusätzlicher großzügiger Standortförderung die Katze fest im Sack hätte. So kann man sich täuschen. Zwar hielten die pro Gorleben-Mehrheiten auch im Wendland noch eine Weile zusammen. Aber mit der Standortentscheidung im Februar 1977 taten sich über Nacht Leute gegen die atomaren Pläne zusammen, die bis dahin kaum etwas miteinander zu tun gehabt hatten. Als hätte Ernst Albrecht den Pfropfen aus der Flasche gezogen und die Geister befreit, die ihn nur zwei Jahre später sogar dazu brachten, den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben aufzugeben. Diese Anlage sei politisch nicht durchsetzbar, erklärte der Ministerpräsident angesichts einer tagelang andauernden Blockade in Lüchow, wo mit Traktoren und Menschen Bohrfahrzeuge an der Fahrt nach Gorleben gehindert wurden. In der Zeit von Kanzler Helmut Schmidt einer Aktion nachzugeben, die als „Nötigung“ später vor Gericht hart bestraft wurde, war der beste Ansporn, den wir zwei Jahre nach der Standortentscheidung für unsere Strategien des zivilen Ungehorsams bekommen konnten.

» Das größte Glück

Am Anfang hatten wir auch Glück. Der Aufbruch gegen die Pläne der Atomindustrie, die Gründung der Bürgerinitiative und der Bäuerlichen Notgemeinschaft fanden statt in der noch bleiernen Zeit



Die Standortentscheidung Gorleben und die Gründung der Bürgerinitiative fielen in Deutschlands bleierne Zeit

der Bundesrepublik. Aber andererseits war gerade auch an Orten wie Gorleben zu spüren, dass die Zeit, dass die Gesellschaft auch reif war für Veränderung. Unser Glück war, dass sich unter denen, die den Anfang im Wendland prägten, aufrührerische Talente, politische Erfahrung und bürgerliche Gesinnung auf außergewöhnliche Weise ergänzten. Die unbeugsame republikanische Marianne Fritzen, französische Cito-yenne mit taiwanesischer Erfahrung, und der undogmatische linke Martin Mombaur, von 1968 und Göttingen geprägt, waren eine Art erste Doppelspitze der Bürgerinitiative. Um sie herum arbeitete im erweiterten Vorstand der Bürgerinitiative eine Gruppe von Frauen und Männern aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg, die alles mitbrachten, was es an politischen Überzeugungen gab. Konservative, liberale, linke, bürgerliche und anarchistische Gesinnungen flossen in die spannungsvollen Debatten und Entscheidungen ein. Die Gründung der Bürgerinitiative als „eingetragener Verein“ war eine frühe Wegmarke. Nach heftigem Streit setzten sich die durch, die den Streit um Gorleben keinesfalls zu einem Kampf gegen „das System“ machen wollten. Das war die Voraussetzung dafür, dass die breite Koalition aus Bürgern und Bauern, Landadel und Aussteigern, Künstlern und Lebenskünstlern halten konnte. Wir waren nicht nur mutig genug, um uns an die Barrikaden zu stellen. Wir wagten auch gesellschaftliche Gruppen und ideologische Grenzen hinter uns zu las-

sen. Bevor der Begriff der Bürgergesellschaft erdacht wurde, waren wir schon weit auf dem Weg dahin.

» Freundschaft und Vertrauen

Die Geschichte des Gorlebenprotests ist auch eine Geschichte von außergewöhnlicher Freundschaft. Wir konnten sehr offen und hart streiten. Über die Gewaltfrage und ob das Zerschneiden eines Zaunes Gewalt ist, über die Übertretung von Gesetzen und die Anmeldung von Demonstrationen beim Ordnungsamt, über das Verhältnis zu politischen Parteien, über Hierarchien, über das Verhältnis von Einheimischen und Auswärtigen, über die Systemfrage. Wir mussten darüber streiten, denn wir waren ein so gemischter Haufen, politisch und gesellschaftlich, dass es ohne die Austragung solcher Fragen mit uns nie weiter gegangen wäre. Sitzungen des erweiterten Vorstandes dauerten ganze Nächte, die „Trebeler Treffen“ zwischen Wendländern und Auswärtigen tagelang. Es gab nicht nur Ärger, sondern Zorn. Es war laut und es flossen Tränen. Es gab politische Trennungen.

In dem Streit der frühen Jahre reifte ein eigenes politisches Selbstbewusstsein unter denen, die in Lüchow-Dannenberg die große Verantwortung im Widerstand gegen Gorleben übernahmen. Wenn einige von uns wagten, Verantwortung für Aktionen wie die Freie Republik Wendland zu tragen, dann konnten sie sich untereinander vertrauen. Als wir am Morgen der Räumung der Republik Freies Wendland einer wie für einen Bürgerkrieg gerüsteten regelrechten Polizei- und Bundesgrenzschutzarmee gegenüberstanden, da konnten wir nur standhalten, weil wir uns unter einer Gruppe von Freunden im wahrsten Sinne des Wortes blind vertrauten. In den politischen Verständigungs- und Vergewisserungsdebatten waren ungewöhnliche, sogar politische Freundschaften gewachsen. Freundschaft und Vertrauen ermöglichten uns im verhärteten gesellschaftlichen Klima, neue



Kundgebung in der Freien Republik Wendland, dem 1980 errichteten Hütten-dorf auf der Tiefbohrstelle 1004. Die Besetzung gilt als einer der Meilensteine des Gorleben-Protests.

politische Wege zu probieren. Es brauchte auch viel Freundschaft und Selbstbewusstsein, um der gesellschaftlichen und politischen Verunglimpfung und juristischen Verfolgung zu begegnen. Denn eines darf von heute aus betrachtet nicht vergessen werden: Ende der Siebziger und Anfang der Achtziger waren wir nicht die, die die Mehrheitsmeinung vertreten haben. Wir waren die, denen zugerufen wurde: Geht doch rüber! Wir waren Langhaarige, Ökospinner, Terroristen und anderes unappetitliches Pack. Wir waren auch die, die als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung vom Verfassungsschutz beobachtet und deren Häuser regelmäßig durchsucht wurden.

» Liebe und Heimat

Die vielen Liebesgeschichten, die im Wendland spielen oder hier angefangen haben, sind sicher einer der Gründe für unseren Erfolg. Diese zu erzählen überlasse ich anderen. Unter denen, die von außen als unsere Gäste schon 1977 nach Gorleben gekommen sind, waren Heinz Brandt, Robert Jungk und Walter Mossmann. Diese drei sehr verschiedenen Männer hat verbunden, dass sie sich Hals über Kopf in das Wendland und die Widerspenstigkeit seiner Bürger verliebt haben. In einer Tagung im Jagdschloss Göhr-

de berieten wir mit unseren prominenten Gästen Strategien des zivilen Ungehorsams und des Widerstandes gegen Gorleben. Heinz Brandt, der Gewerkschafter, der wegen seiner Überzeugungen von den Nazis und in der DDR verfolgt und eingesperrt worden war, insistierte als erster, wir bräuchten eine positive Orientierung. Im „Atomkraft Nein Danke“-Slogan sei das Nein zwar sehr gut begründet. Mit Ablehnung allein könnten wir aber nicht die Zustimmung gewinnen, die wir bräuchten. Die Entscheidung „Gorleben soll leben“ zu unserer Parole und den Baum zu unserem Symbol zu machen, ist das Ergebnis der Runde in der Göhrde, in deren Wälder Heinz Brandt sich so verliebt hatte. In den schlichten und irgendwie altmodischen Worten zeigt sich aber auch, dass hinter dem politischen Ziel, die Atomanlagen in Gorleben zu verhindern, die Liebe zur Welt steht.

Viele Jahre nach meinen ersten Gesprächen mit Heinz Brandt habe ich die Schriften der Philosophin Hannah Arendt entdeckt. Zu der Frage, was Politik ist, sagte sie, Politik sei angewandte Liebe zur Welt. Heinz Brandt hat uns dieses Denken nahe gebracht. Mit ihm und anderen haben wir gelernt, uns der eskalierten politischen Stimmung der Siebziger Jahre nicht anzupassen und auch nicht zu beugen. Wir haben

uns nicht auseinanderdividieren lassen. Wir haben uns aber auch nicht falschen Parolen unterworfen. Die Gewaltlosigkeit entsprach und entspricht dieser Idee von der angewandten Liebe zur Welt genauso, wie die Gesprächsbereitschaft, ob mit der Atomindustrie, der atomfreundlichen Politik oder auch der Polizei. Bei der Räumung der Republik Freies Wendland mit dem bis dahin größten Polizeieinsatz der Bundesrepublik wurde diese Haltung hart auf die Probe gestellt. Diese Probe ging später dann Jahr für Jahr während der Castorblockaden weiter, wenn Zehntausende von Polizisten das Wendland besetzten und im juristischen Ausnahmezustand und mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Hundestaffeln die Atomtransporte ins Zwischenlager Gorleben gegen gewaltfreie Aktionen durchsetzten, an denen sich oft Zehntausende beteiligten.

» Verrat und Versöhnung

Ich will niemandem etwas vormachen darüber, wie oft ich und andere mit der Faust in der Tasche dastanden und die eigene Friedfertigkeit kaum noch aushalten konnten. Nach der Räumung der Republik Freies Wendland entschieden einige von uns, neue Wege zu versuchen. Sie meinten, dass allein mit außerparlamentarischer Arbeit, mit klugen Argumenten, mit Demonstrationen und Gerichtsverfahren der mächtigen Atomwirtschaft und ihren Vettern in der Politik nicht beizukommen wäre. Es wurde die Unabhängige Wählergemeinschaft gegründet. Etliche der Spitzenleute der Bürgerinitiative wie Marianne Fritzen, Martin Mombaur und Undine von Blotnitz beteiligten sich 1980 an der Gründung der Partei der Grünen. Ich gehörte damals nicht dazu. Ich zählte zu denen, die dachten, dass der zivile Ungehorsam schneller zum Atomausstieg und zumindest zum Ende von Gorleben führen würde als der Weg über eine neue Partei. Ich habe mich damit so geirrt wie Ernst Albrecht mit der Standortentscheidung.

Kein Irrtum war, dass der Weg zur Erreichung des Atomausstiegs

und einer Abkehr von Gorleben durch Regierungsentscheidungen und parlamentarische Mehrheiten auch sehr mühsam sein würde. Die Auseinandersetzung zwischen Bürgerbewegung und Parteien oder Regierungen hatte von Anfang an Höhen und Tiefen. Verrat ist ein Wort, das immer wieder gefallen ist. Es ist ein schwerwiegendes Wort und bestimmt nicht immer zutreffend. Das Scheitern und die Kompromisse gehören zur demokratischen Politik. Wie wir damit umgehen, muss auch auf der Seite der Politik immer wieder gelernt werden.

Der erste rot-grüne Konsens zum Ausstieg aus der Atomenergie wurde von der Industrie nach wenigen Jahren wieder aufgekündigt. Das Misstrauen gegenüber dem zweiten Konsens nach Fukushima war damit vorprogrammiert. Am Ende zählen aber Ergebnisse. Ohne die Bewegung gegen Gorleben, ohne die Anti-Atom-Bewegung wären die Grünen nicht so in Gang gekommen. Ohne die offensive Arbeit der Grünen zum Atomausstieg und zur Energiewende wäre Deutschland heute nicht auf dem Weg zur Abschaltung der letzten Atomkraftwerke. Die Katastrophen in Tschernobyl und in Fukushima haben uns Atomkraftgegnern auf furchtbare Art Recht gegeben. Dass nach Fukushima in Deutschland auf weit entwickelte Technologien der Erneuerbaren Energien und Erfahrungen mit der Energiewende zugegriffen werden konnte, das hat auch damit zu tun, dass die Anti-Atom-Bewegung gerade auch in Gorleben schon früh nicht nur Nein gesagt hat.

» Neugier und Zukunft

Vor einiger Zeit hörte ich im Radio von einem Archäologen, der die

Rebecca Harms war 1977 Gründungsmitglied der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Später wurde sie zunächst Mitarbeiterin, dann selbst Politikerin in Niedersachsen und Brüssel. Zurzeit ist sie Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament. Sie lebt im Wendland.

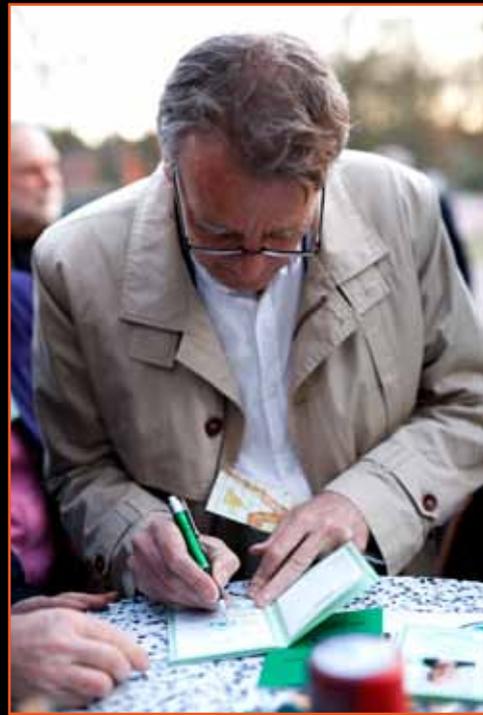
Die vielen Liebesgeschichten, die im Wendland angefangen haben, sind einer der Gründe für unseren Erfolg

Republik Freies Wendland ausgraben will. Geschichte und das Graben danach haben mich immer fasziniert. Etwas unheimlich ist nur, dass es in diesem Fall auch um meine, um unsere Geschichte geht, dass wir also schon Geschichte sein sollen.

In Deutschland soll nach den Empfehlungen der Endlagerkommission in Zukunft ein neuer Vergleich von möglichen Standorten für ein Endlager für radioaktivem Müll begonnen werden. Wie zuverlässig dieses Vorhaben verfolgt werden wird, ob der Salzstock Gorleben in einem Vergleich aufgegeben werden wird, das kann keiner sicher sagen. Kann es gelingen, die Zustimmung der Bürger und einen geeigneten Standort in einem verantwortlichen Verfahren zu finden? Gibt es einen Weg von der Ablehnung zur Zustimmung für die Endlagerung von Atom- müll? In diesen Fragen spiegelt sich für uns Lüchow-Dannenberg einerseits unser großer Erfolg und andererseits die andauernde Herausforderung.

Für Politik und Gesellschaft ist der Umgang mit den Altlasten der so kurzen Zeit der Atomkraft mindestens eine Jahrhundertaufgabe. Es ist gut, dass ein junger Archäologe aus der Generation, die vielleicht die Entscheidung über das Endlager verantworten muss, mit seinem Graben nach unserer Geschichte Licht in die politischen Verhältnisse von 1980 bringen will. Die Fundstücke aus dem wunderbaren Frühling der Utopie auf der Bohrstelle 1004, auf die er stoßen wird, werden ihm viel Spaß machen.

Die Neugier des Archäologen verweist im 40. Jahr nach der Gorleben-Entscheidung auf eines unserer wichtigsten Projekte, auf das Gorleben Archiv. Unsere Erfahrungen und unser Wissen zu sammeln, unsere Erfolge und Misserfolge zu dokumentieren, ist wichtig. Sie so zugänglich zu machen, dass sie neugierig machen, wird helfen, Schaden von der Generation abzuwenden, die den Streit um die Atomkraft nicht erlebt hat, die aber deren Ewigkeitslasten übernehmen muss. Gorleben ist noch nicht Geschichte. Und das Ende ist nach 40 Jahren offen.



40 Jahre Gorleben, das heißt auch 40 Jahre Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.: Am 2. März 1977 wurde die BI in das Vereinsregister eingetragen. Ein Kreis von Atomkraftgegner/-innen um Marianne Fritzen, die sich bereits gegen den Plan gewehrt hatten, bei Langendorf ein Atomkraftwerk zu errichten, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Am 25. März haben Wolf Römmig und Rebecca Harms auf einer BI-Party an diese Zeit erinnert. „Lob- und Schmähreden“ versprach die BI für den Abend in den Trebler Bauernstuben, Letztere blieben dann aber doch aus.

Unter den Gästen waren der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel und der Landrat des Kreises Lüchow-Dan-

nenberg, Jürgen Schulz, vor allem aber auch Freundinnen und Freunde aus anderen Atomregionen. Eine szenische Lesung des Theaterstücks „Gutes Wendland-Schlechtes Wendland“, in dem die Anti-Atom-Szene sich selbst auf die Schippe nimmt, war das Herzstück des Abends, danach wurde das Tanzbein geschwungen: Die befreundete Bluesband „Pappnose“ aus Hamburg-Barmbeck spielte auf.

Mitfeiern durfte jede/-r, der/die bis zum Einlass um 18 Uhr noch BI-Mitglied wurde oder den Pass der Freien Republik Wendland vorlegen konnte. Ein knallroter Feuerwehrbus mit dem Schild „Einsatzleitung“ fungierte vor dem Lokal als Passstelle, für die 40-jährige Vereinsgeschichte gab es natürlich einen Sonderstempel. Neben dem fröhlichen Abend in Trebel war



Auf die nächsten 40!

der Jahrestag der BI-Gründung auch gekennzeichnet durch den Eingang einer Vielzahl von Gratulationen. So schrieb der Co-Vorsitzende der Endlagerkommission, Michael Müller: „Ihr seid ein starkes Stück Deutschland, mehr noch: ein starkes Stück Demokratie. Ihr steht beispielgebend für die Auseinandersetzung, was heute Ethik und Verantwortung bedeutet. Das zeigt: Demokratischer Widerstand hat Erfolg.“

Auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hatte sich gemeldet und die BI als „Hochleistungsmotor der bundesweiten und internationalen Anti-Atomkraft-Bewegung“ bezeichnet. Udo Buchholz vom Vorstand des BBU betonte, „dass es fast unglaublich ist, welche Kraft und Energie die Mitglieder der BI in den letzten 40 Jahren aufbringen

mussten, um immer wieder der Atomindustrie und den Verantwortlichen in der Politik die Stirn zu bieten. Bewundernswert ist, dass sie nicht nur gegen die Atomanlagen in Gorleben kämpft, sondern auch den Widerstand gegen Atomanlagen in anderen Regionen aktiv unterstützt.“ Selbst Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hatte zuvor öffentlich geäußert, dass „wir als Gesellschaft Ihnen allen aus dem Atomwiderstand und der Umweltbewegung, besonders aber den Wendländern, viel zu verdanken“ haben. Schon zum Tag der Standortbenennung am 22. Februar hatte die Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter geäußert: „Ihr seid das Herz des Atomwiderstands geworden und geblieben und habt den Widerstand im Rest der Republik (...) motiviert und angetrieben.“ (we, ac)

„Wir machen das schon“

In der „neuen“ Endlagersuche stecken die alten Fehler

Analyse | Vier Jahre nach seiner Verabschiedung ist das „Standortauswahlgesetz“, das die Suche nach einem Dauerlager für hochradioaktiven Atommüll regeln soll, in Details geändert worden. Grundsätzlich bleibt aber alles beim Alten. CDU/CSU, SPD und Grüne konnten sich nicht dazu durchringen, die von Sachverständigen geforderten Änderungen umzusetzen. Von **Wolf-Rüdiger Marunde**.

„Wir müssen es (das Gesetz, *Red.*) noch im März durchbringen!“ sagte die Atompolitikerin Sylvia Kotting-Uhl bei der Anhörung der Grünen Fraktion im Bundestag. „Sonst wird es vor den Bundestagswahlen gar nichts mehr. Und dann wird alles vom politischen Gegner wieder aufgeschnürt und in Frage gestellt.“ Das war im Februar 2017.

Etwa um die gleiche Jahreszeit, nur im Jahre 2013, sagte der Baden-Württembergische Umweltminister Untersteller dasselbe in Lüchow. Das Zeitfenster schließe sich vor der Bundestagswahl in wenigen Monaten, danach wäre nichts mehr möglich. Es fehle schlicht die Zeit, den Umgang mit Atommüll grundsätzlicher zu diskutieren. CDU/CSU, SPD und Grüne verabschiedeten das Gesetz ^{➔1} gegen die vielstimmige Kritik, in aller Eile und mitsamt allen Geburtsfehlern. Die Wei-

chen wurden gestellt: Der Atommüll soll in ein Bergwerk. Ein Zugeständnis an Niedersachsen war die Einrichtung einer Endlagerkommission ^{➔3}, die für das bereits beschlossene Standortauswahlgesetz (StandAG) Änderungsvorschläge erarbeiten sollte. Aber auch sie wurde unter Zeitdruck gesetzt. Gegen Ende wurden Einwendungen nur noch abgebügelt, die Tagesordnung gnadenlos durchgezogen, mehrfache Wortmeldungen nicht mehr erlaubt. Der Abschlussbericht hatte im Mai 2016 fertig zu sein, Verlängerung vom Bundestag abgelehnt.

» „Das Zeitfenster schließt sich!“

Seit 2011 geht das so: Jede öffentliche Debatte über das Standort-suchverfahren für ein Atommüll-„Endlager“, vor allem über dessen Grundlagen, wird mit dem Hinweis auf den angeblichen Zeitdruck abgelehnt. Das ist eines der auffälligsten Kennzeichen dieses Gesetzgebungsverfahrens. Ein anderes ist die Weigerung der Verantwortlichen, sich mit den Fehlern der Vergangenheit zu befassen und daraus Lehren für die zukünftige Suche nach einem „Endlager“ zu ziehen. Das Projekt „Endlager Gorleben“ blieb immer strittig – und belastete sämtliche Diskussionen, in allen Gremien. Gorleben musste im Verfahren gehalten werden, das war die Vorbedingung aus den süddeutschen Bundesländern, sich überhaupt an einer neuen Standortsuche zu beteiligen. In der Folge führte das dazu, dass die Kriterien, an denen die Eignung eines Standortes beurteilt wird, mit Rücksicht auf den Gorlebener Salzstock formuliert wur-



den. Er sollte trotz seiner bekannten geologischen Mängel im Verfahren bleiben.

Schon das Gesetzgebungsverfahren zeigte, dass es dem Gesetzgeber in erster Linie darauf ankam, Bundestag und Bundesregierung die volle Kontrolle über das Verfahren zu verschaffen. Die Möglichkeiten, die Standortauswahl durch Gerichtsentscheidungen zu korrigieren, wurden rigoros auf das von der EU vorgeschriebene Minimum beschnitten.

Das zentrale Instrument dafür ist die umstrittene „Legalplanung“ ➔⁴: Ein juristischer Gewaltakt, der eigentlich erdacht wurde, um besonders eilbedürftige Projekte – etwa eine Umgehungsstraße – ohne die eigentlich vorgeschriebenen Planungsschritte durchziehen zu können. Per Legalplanung kann der Bundestag jeden Verfahrensschritt in ein Bundesgesetz gießen und damit praktisch unangreifbar machen.

» Die Öffentlichkeit darf nur Kommentare abgeben

Die Absicht des Gesetzgebers zeigt sich auch dort, wo selbst die Endlagerkommission die Beteiligung der Gesellschaft und ein „lernendes Verfahren“ fordert. Vom Gesetzgeber dagegen wird „Beteiligung“ nicht als Mitwirkung der Bürger/-innen, sondern als das Herunterreichen von ausgewählten Informationen verstanden. Dazu dürfen dann Stellungnahmen abgegeben werden – was mit denen geschieht, bleibt offen. Alles was zu einem Dialog auf Augenhöhe führen könnte, wird vom Gesetz behindert. Die Empfehlung der Kommission, zumindest ein „Nationales Begleitgremium“ einzusetzen, das Konflikte identifizieren und Krisen moderieren könnte, wurde nur halbherzig umgesetzt: Nationales Begleitgremium ➔² ja, aber ohne die von der Kommission geforderten Befugnisse.

Man kann sich an etlichen Paragraphen und Kritikpunkten in diesem Gesetz abarbeiten und dabei vom Hundertsten ins Tausendste kommen. Schaut man auf das Gesamtwerk, dann wird der Raum sichtbar, den es für politische Ver-

handlungen bietet. Die „wissenschaftsbasierten“ Kriterien können ausgelegt und abgewogen, gedehnt oder weggeschoben werden. Letztlich können politische Machtverhältnisse über den Standort entscheiden.

» „Not in my Wahlkreis“

Das zentrale Argument der Parteien für die Legalplanung war immer die angebliche St-Florians-Haltung in der Bevölkerung: Keine Region wolle ein Atommülllager, deswegen müsse das Heft des Handels beim Bundestag und der Regierung bleiben.

Die Realität zeigt bislang allerdings, dass in erster Linie die Parteien und ihre Funktionsträger/-innen das St-Florians-Problem aufführen, von Kommunalrät/-innen über die Landespolitiker/-innen bis zu den Bundestagsabgeordneten. Sie werden alle Möglichkeiten, die das StandAG für politische Deals bietet, zu nutzen versuchen – und nutzen sie bereits. Die erneuten Versuche der Bundesländer Bayern und Sachsen, einen Endlagerstandort bei sich zu verhindern und Gorleben nach vorne zu bringen, haben das grade wieder eindrucksvoll gezeigt.

» Verordnung statt Konsens

Der Geist des Gesetzes ist leider der alte: Eine staatliche Großbehörde ➔⁵ führt das Verfahren ohne öffentliche Beteiligung durch und kann dabei nicht von unabhängigen Instanzen kontrolliert werden. Die Bundesregierung filtert die Ergebnisse und legt den Abgeordneten des Bundestages vor, worüber sie abstimmen sollen. Ihre Entscheidungen werden Gesetz und können kaum noch gerichtlich überprüft werden,

Der Zeichner Wolf-Rüdiger Marunde beobachtet die „neue“ Endlagersuche und ihre eigentümlichen politischen Begleitumstände mit besonderem Interesse. Er lebt seit fast 30 Jahren im Wendland.



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:

➔ www.gorleben-rundschau.de/links

Die Legende der Pfeile findet sich auf Seite 23

Die Machtverhältnisse können über den Standort entscheiden

der Rechtsschutz für die Betroffenen ist im Vergleich zu normalen Planungsverfahren drastisch verkürzt.

Am Ende steht nicht ein wissenschaftsbasiertes Ergebnis, sondern ein von politischen Funktionsträger/-innen ausgehandelter Standort. Der muss dann mit obrigkeitlichen Mitteln durchgesetzt werden. Mit derartigen Konfrontationen haben Staat und Bevölkerung nicht nur in Gorleben einschlägige Erfahrungen gesammelt. Nicht selten war dabei von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ die Rede.

Aber wie es scheint, haben CDU/CSU, SPD und Grüne daraus nur die Lehre gezogen, dass sie der Bevölkerung möglichst wenig Einfluss einräumen dürfen.

Um das größte Problem haben sich Endlagerkommission und Bundestag bislang herumgedrückt: Was passiert mit dem Atommüll, bis eine Möglichkeit gefunden ist, ihn dauerhaft in einem Lager unterzubringen? Ein großer Teil davon befindet sich in Zwischenlagern über ganz Deutschland verteilt – in Behältern, die eigentlich nur für den Transport konstruiert wurden. Diese „Castoren“ sind für eine Lebensdauer von 40 Jahren zugelassen, viele davon haben aber schon die ersten 20 Jahre hinter sich. Niemand weiß, in welchem Zustand sich der heiße und strahlende Müll darin befindet.

Auch optimistische Schätzungen gehen davon aus, dass die Endlagersuche länger als 30 Jahre dauern wird. Aus der Zwischenlagerung in provisorischen Lagern, die nicht einmal eine Reparaturmöglichkeit haben, wird also eine Dauerlagerung – mit allen Risiken und Gefahren, die der hochgefährliche Atommüll mit sich bringt. Eine Lösung für dieses Problem gibt es nach wie vor nicht.



Warum warten?

Das Endlagersuchgesetz verhindert Bürgerbeteiligung

Analyse II Auch mit der zweiten Fassung des „Standortauswahlgesetzes“ verbannt der Bundestag die Öffentlichkeit in den Zuschauer-raum. **Wolf-Rüdiger Marunde** fragt: Wie können die betroffenen Regionen trotzdem Einfluss auf das Verfahren nehmen?

Das Gesetz wurde im März verabschiedet, jetzt wird das System hochgefahren. Zwischen der letzten Sitzung des Umweltausschusses und den letzten Formulierungen am Gesetzestext ^{➔1} und seiner Verabschiedung im Bundestag lag gerade mal ein Tag. Der Gesetzgebungsgalopp machte es Abgeordneten wie Menschen außerhalb der parlamentarischen Kreise nahezu unmöglich, den aktuellen Gesetzestext vor der Verabschiedung im Bundestag zu bewerten. Die Berichterstattung der Medien beschränkte sich auf die Pressemitteilungen der Politiker/-innen. Ein durchweg kritisches Echo kam dagegen von Umweltverbänden. Nicht nur BUND und Greenpeace, Mediatorenverbände, die Bürgerinitiative und die Rechtshilfe

Lüchow-Dannenberg, sondern auch das Nationale Begleitgremium ^{➔2} selbst gaben kritische Stellungnahmen ab. Sie hatten eines gemein: Alle forderten die Umsetzung eines „lernenden Verfahrens“ und mehr Mitwirkungsrechte für die Öffentlichkeit. Erfolglos. Die Bundestagsfraktionen waren nicht bereit, entsprechende Änderungen im Gesetzestext zu verankern.

Die Begriffe „lernendes Verfahren“ und „selbsthinterfragendes System“ hatte schon die Endlagerkommission in ihrem Abschlussbericht ^{➔3} eingeführt. Sie war der Meinung, dass es ohne einen gesellschaftlichen Konsens keine Lösung bei der Standortsuche für ein Atommüll-„Endlager“ geben könne. Sie forderte „ein wirklich partizipatives Suchverfahren“, die Bürgerinnen

und Bürger seien als emanzipierte Mitgestalter zu beteiligen. Der Öffentlichkeit müssten alle Informationen zugänglich gemacht werden, es müsse „regelmäßige Überprüfungsprozesse“ geben. Diese Evaluation ist der Kern eines „sich selbst hinterfragenden Systems“.

Regierung und Bundestag aber wollten ein anderes Standortauswahlverfahren. Ihr Gesetzestext lässt es zu, dass sich Politfunktio-

näre, Behörden, Regierung und Parlament weitgehend ohne die Mitwirkung der Öffentlichkeit auf einen Endlager-Standort verständigen. Die in anderen Planungsverfahren üblichen Korrekturmöglichkeiten durch Einsprüche und gerichtliche Überprüfungen hebt das Gesetz mit dem umstrittenen Instrument der „Legalplanung“ ↻⁴ aus: Was der Bundestag nach jedem Verfahrensschritt beschließt, wird Gesetz und gilt unwiderruflich. Nach dem im Bundestag vorherrschenden Politikverständnis – das auch die Führung der Grünen teilt – ist ein Parteienkonsens in einer parlamentarischen Demokratie dasselbe wie ein gesellschaftlicher Konsens und durch Parlamentswahlen ausreichend legitimiert.

» **Im Zentrum des Verfahrens: Das „Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheitssicherheit“**

Zentraler Akteur und in jeder Beziehung Herr des Verfahrens ist das „Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheitssicherheit“ (BfE) ↻⁵. Diese neue Mega-Behörde bekommt die Kontrolle darüber, welche Informationen wo veröffentlicht – oder versteckt – werden, wie mit Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit oder dem Nationalen Begleittremium umgegangen wird, und über viele andere wichtige Verfahrensfragen. Der Bundestag weiß natürlich, dass interessierte Bürger/-innen und Organisationen versuchen werden, das Verfahren kritisch zu begleiten und problematische Vorgänge aufzudecken. Dazu brauchen sie aber Zugang zu *allen* Informationen. In den ersten Entwürfen des Fortentwicklungsgesetzes war noch die Verpflichtung des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheitssicherheit enthalten, *alle* Dokumente zu veröffentlichen und in einem Informationsregister (das Außenstehenden eine zielgerichtete Suche ermöglicht hätte) bereitzustellen. Im nun verabschiedeten Gesetz fehlt diese Verpflichtung. Für engagierte Bürger/-innen wird es damit schwierig werden, relevante

Dokumente aufzufinden – wenn sie das BfE überhaupt irgendwo veröffentlicht.

» **Erstmal kehrt Ruhe ein**

Vor uns liegen mehrere Jahre, in denen das Bundesamt das Verfahren in aller Stille vorantreiben wird. Dann werden einige Regionen Nachricht bekommen, dass sie zu einem „Teilbereich“ im Auswahlverfahren gehören. „Teilbereiche“ sind großräumige Gebiete, in denen Endlager-Standorte aus geologischer Sicht möglich wären. Mit diesem Verfahrensschritt muss das Bundesamt für nukleare Entsorgungssicherheit dann eine „Fachkonferenz Teilgebiete“ berufen. Welche Bürger/-innen oder Vertreter/-innen „gesellschaftlicher Organisationen“ es dafür auswählt, stellt das Gesetz ihm frei. Diese „Fachkonferenz“ soll den „Zwischenbericht“ beraten, der darlegt, wie es zu diesen Teilgebieten gekommen ist. Dafür bekommt sie sechs Monate Zeit und darf maximal dreimal tagen. Angesichts dieser wenigen Treffen ist eine qualifizierte Auseinandersetzung mit dem Bericht nicht zu erwarten. Allein die Informationsbeschaffung und das Einlesen in die Materie ist Nicht-Expert/-innen – und die wird das BfE vor allem berufen – in diesen engen Zeiträumen gar nicht möglich. Von den inhaltlichen Debatten ganz zu schweigen.

Beim nächsten Verfahrensschritt wird das BfE „günstige Standortregionen“ bekanntgeben. In denen sollen dann Standorte oberflächlich erkundet werden. Für diesen Zeitpunkt sieht das Gesetz die Einrichtung einer „Regionalkonferenz“ in jeder „Standortregion“ vor. Zunächst wird vom BfE eine „Vollversammlung“ einberufen – aber auch hier lässt das Gesetz im Unklaren, wer genau daran teilnehmen darf. Die Vollversammlung wählt dann einen „Vertreterkreis“. Der soll zu je einem Drittel aus Bürger/-innen, Kommunalpolitiker/-innen und „Vertretern gesellschaftlicher Gruppen“ bestehen. Beim Wahlverfahren lässt das Gesetz dem BfE wieder freie Hand. Diese Regionalkonferenzen sollen

Der Herr des Verfahrens ist eine Mega-Behörde – nicht die Öffentlichkeit

bei der letztendlichen Standortvereinbarung „beteiligt“ werden. Was „Beteiligung“ genau bedeutet, darf das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit entscheiden.

» **Nachprüfauftrag: Nur einer erlaubt**

Eines der Arbeitsfelder der Regionalkonferenzen, so steht's im Gesetz, wird die Aufgabe sein, „Konzepte zur Förderung der Regionalentwicklung zu erarbeiten.“ Dabei werden sie natürlich auch die Chancen erörtern, die sich durch die Ansiedlung der Atomwirtschaft ergeben. Die Erfahrung mit anderen Atomstandorten – auch mit der Gemeinde Gartow, zu der Gorleben gehört – zeigen, dass die Hoffnungen auf reichlich fließende Gewerbesteuern zumindest bei einem Teil der gesellschaftlich relevanten Gruppen ihre Haltung zu einem Endlager günstig beeinflussen und wissenschaftliche Bedenken ins Abseits schieben können.

Auch in dieser entscheidenden Phase des Verfahrens sorgt das Gesetz dafür, dass die kritische Öffentlichkeit gegenüber der Behörde erheblich benachteiligt wird. Die Regionalkonferenzen dürfen zwar einen Nachprüfauftrag (nur einen einzigen pro Konferenz!) stellen, wenn sie an den Vorschlägen der Behörde begründete Kritik haben. Aber für diesen Antrag bekommen sie lediglich sechs Monate Zeit. Für berufstätige Mitglieder der Regionalkonferenzen ist das viel zu knapp. Es wird kaum möglich sein, in dieser kurzen Frist Stellungnahmen von Experte/-innen einzuholen und für den Nachprüfungsauftrag auszuwerten. Die Endlagerkommission hatte noch vorgeschlagen, dass Behörde und Regionalkonferenzen die Fristen sachgerecht aushandeln. Das aber wollten die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD und Grünen nicht zulassen.

» **Zwischen- und Endlagerstandorte in einem Käfig**

Als überregionale Instanz steht die „Fachkonferenz Rat der Regi-



onen“ über den Regionalkonferenzen. Hier sind sowohl die Regionalkonferenzen wie auch die Gemeinden vertreten, in denen radioaktive Abfälle zwischengelagert werden – also praktisch alle Standorte, an denen bereits Atommüll „zwischengelagert“ wird oder möglicherweise „endgelagert“ werden soll. Zwischen denen, die den Atommüll so schnell wie möglich loswerden wollen, und denen, die ihn auf keinen Fall nehmen möchten, werden mit Sicherheit massive Interessenskonflikte auftreten. Allerdings hat der Gesetzgeber das Thema Zwischenlagerung und die damit verbundenen Probleme und Fragestellungen schlicht ausgeklammert. Weder die Endlagerkommission noch der Bundestag haben sich bislang damit befasst – wohl wissend, dass die Lebensdauer der ersten Castoren mit hochradioaktivem Atommüll abgelaufen sein wird, bevor ein geeigneter Standort für ein Dauerlager gefunden ist. Wenn die „Fachkonferenz der Regionen“ ihre Interessenskonflikte auf offener Bühne austrägt, bestätigt sie damit die Bedenkenträger/-innen aus Politik und Atomwirtschaft, die eine Beteiligung der Zivilgesellschaft am Auswahlverfahren schon immer für unsinnig gehalten haben. Eigentlich soll die „Fachkonferenz der Regionen“ die Interessen der Atommüll-Standorte vertreten. Eigentlich handelt das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) im Auftrag des Staates. Interessant ist nun, dass der Gesetzgeber der Fachkonferenz keine unabhängige Ge-

schäftsstelle zugesteht, sondern sie beim BfE ansiedelt. Damit bekommt diese staatliche Behörde – und damit der zentrale Akteur im Verfahren! – die Möglichkeit, nicht nur die internen Auseinandersetzungen und die Willensbildung in der Fachkonferenz, sondern auch alle ihre Aktivitäten nach außen zu beeinflussen, wenn nicht sogar zu kontrollieren.

» Der Anspruch eines „lernenden Verfahrens“ findet sich im Gesetzestext nirgendwo

Wie sehr der Geist dieses Gesetzes von der Absicht bestimmt ist, die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Vertreter/-innen so zu beschneiden, dass sie die Dreifaltigkeit aus „Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit“, Regierung und Bundestag nicht stören können, zeigt sich auch bei den Rechten des „Nationalen Begleitgremiums“. Dieses unabhängige Gremium besteht aus vom Bundestag ernannten und aus per Zufallsverfahren aus der Gesellschaft gewählten Vertreter/-innen. Es sollte, das war die ursprüngliche Idee, eigentlich als Ansprechpartner für die Öffentlichkeit dienen und eine Art Wächterfunktion ausüben. Seine Aufgabe: Frühzeitig Konflikte identifizieren und moderieren, das Bundesamt befragen und auf Antworten bestehen dürfen, das Verfahren kritisch begleiten und Verbesserungsvorschläge erarbeiten. Aber auch hier wollte der Gesetzgeber dem Vorschlag der Endlagerkommission und den Forde-

rungen der Umweltverbände und Mediator/-innen nicht folgen. Geblieben ist dem Nationalen Begleitgremium nur die Möglichkeit, Fragen zu stellen, Appelle an die Akteur/-innen des Verfahrens zu verfassen und dem Bundestag Vorschläge für Verfahrensänderungen zu unterbreiten. Ob und wie das Bundesamt oder der Bundestag darauf reagieren, überlässt das Gesetz ihnen. Um als Vermittler zwischen Öffentlichkeit und Behörde, als Adresse für kritische Einwendungen von Umweltschutzverbänden oder atomkritischen Gruppen dienen oder gar das Verfahren evaluieren zu können, fehlen dem „Nationalen Begleitgremium“ die nötigen Rechte und Befugnisse. Mit dem „Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit“ kann es nicht auf Augenhöhe verhandeln. De facto ist das „Nationale Begleitgremium“ eine lahme Ente.

» Reingehen oder draußenbleiben?

Auch in seiner Neufassung gewährleistet das alte Gesetz von 2013 kein wissenschaftsbasiertes, transparentes und für die Mitwirkung der Öffentlichkeit offenes und lernendes Verfahren, geschweige denn ein „sich selbst hinterfragendes System“. Was im Standortauswahlverfahren überhaupt an Transparenz und Partizipation stattfinden kann, wird in jeder Phase von der Kulanz des „Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit“ und des Bundesumweltministeriums abhängen. Keine der jetzt im Bundestag vertretenen Parteien ist bislang gewillt, der Öffentlichkeit Mitwirkungsrechte zuzugestehen. Das haben auch der Geist dieses Gesetzes und die Art, wie es realisiert wurde, wieder sehr deutlich gezeigt. Trotzdem bewerten Politik und praktisch alle Medien – vermutlich auch die große Mehrheit der Bundestagsabgeordneten – das Standortauswahlverfahren als epochales Werk, das erstmals die Zivilgesellschaft einbezieht. Damit stehen die in der atomkri-

tischen Bewegung engagierten Bürger/-innen vor der schwierigen Entscheidung, ob und wie sie sich an diesem Verfahren beteiligen sollen.

Die wird spätestens an dem Zeitpunkt auf sie zukommen, an dem die „günstigen Standortregionen“ bestimmt und die Regionalkonferenzen gegründet worden sind – also vermutlich in drei bis vier Jahren. Jede Regionalkonferenz wird das Suchverfahren begleiten, solange ihre Standortregion im Verfahren bleibt. Sie gelten als die Vertretungen ihrer Regionen und sollen dem Verfahren den Anschein einer Öffentlichkeitsbeteiligung geben. Wer in einer Regionalkonferenz mitarbeitet, muss sich der Gefahr bewusst sein, damit auch an der Scheinlegitimität des Verfahrens mitzuwirken.

Dort *nicht* mitzuarbeiten könnte allerdings bedeuten, den Profis und Semiprofis aus Politik und Wirtschaft und den „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ das Feld allein zu überlassen. Wenn in einer Region fast alle mitmachen, laufen die atomkritischen Aktivist/-innen Gefahr, sich politisch zu isolieren, wenn sie sich einer Mitarbeit verweigern. Aber warum auf das „Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit“ warten? Warum erst dann reagieren, wenn die Behörde auffordert, Konzepte zur Regionalentwicklung samt „sozioökonomischer Potenzialanalyse“ zu erarbeiten? Und das dann ausgerechnet in diesen reglementierten Regionalkonferenzen? Um Papiere zu produzieren, die dann in irgendwelchen Schubladen des Bundesamtes verstauben?

» Regionalentwicklung von unten

Warum nicht selbst initiativ werden und Fakten schaffen? Die meisten Standorte wissen seit langem, dass sie auf der Liste der möglichen Endlagerstandorte stehen: Bereits 1994/95 hat die „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ ⁶ je einen Katalog für die entsprechenden Salz- und Kristallinvorkommen in Deutschland veröffentlicht.

Wenn eine potenzielle Standortregion sofort beginnen würde, Konzepte zu ihrer Entwicklung zu erarbeiten und dabei auch die möglichen Auswirkungen einer Benennung als Endlagerstandort zu berücksichtigen, hätte sie Material zur Hand, auf das sie später in der „Regionalkonferenz“ zurückgreifen könnte. Sie müsste sich zumindest auf diesem Gebiet nicht dem Zeitdruck des Standortauswahlverfahrens beugen.

» Warum also nicht selbst eine eigene Regionalkonferenz einberufen – so bald wie möglich?

In drei bis vier Jahren werden sich die Standortregionen vor allem mit den Vorschlägen der Behörde auseinandersetzen müssen, welche Standorte obertägig erkundet werden sollen. Das wird alle ihre Ressourcen binden, vor allem die der Atomkritiker/-innen. Sie, die unbezahlten Feierabendpolitiker/-innen, die wahrscheinlich nicht einmal Fahrgeld und Aufwandsentschädigungen für ihren Einsatz bekommen werden, stehen dann den Profis einer mächtigen Behörde und der politischen Parteien gegenüber. Und die haben sich Jahre auf diese Auseinandersetzung vorbereiten können.

Die Standortregionen werden nicht umhinkommen, das Verfahren kritisch zu begleiten. Sie werden eigene unabhängige Strukturen aufbauen müssen, um mit eigenen Kräften recherchieren und eigene Expertenfragen stellen und auswerten zu können. Die Zahl der aktiven Atomkraftgegner/-innen ist überschaubar, in manchen Standortregionen sind sie bislang überhaupt nicht in Erscheinung getreten. In anderen Regionen gab oder gibt es vielleicht Widerstandsgruppen, deren Arbeit sich aber auf wenige Aktivist/-innen stützt. Überall wäre es deshalb sinnvoll, die Zusammenarbeit auch mit Menschen zu suchen, die nicht zum politisch motivierten Widerstandsmilieu gehören, aber an konstruktiver kritischer Arbeit interessiert sind. Sich zu öffnen für Bündnisse vor Ort mit Gruppen, die Kandidat/-innen für Sitze in den Regional-



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:

➔ www.gorleben-rundschau.de/links

- ➔¹ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/113/1811398.pdf>
- ➔² www.nationales-begleitgremium.de
- ➔³ <http://dip21.bundestag.de/dip21/brd/2016/0448-16.pdf>
- ➔⁴ https://www.bundestag.de/endlager-archiv/blob/390974/a1dd4f66fd5ac421be959edd6e8f70e2/drs_133-data.pdf
- ➔⁵ www.bfe.bund.de
- ➔⁶ www.bgr.bund.de



Warum auf die Behörde warten?

Warum nicht selbst initiativ werden und Fakten schaffen?

konferenzen sind – bevor das BfE die Regionalkonferenzen gründet und die Geschäfte der „Fachkonferenz der Regionen“ übernimmt. Wenn die Standortregionen sich schon jetzt mit ihrer Regionalentwicklung befassen oder das Thema Atommüll-„Endlager“ in laufende Regionalentwicklungsprozesse einbringen, würden sie davon in jedem Fall profitieren.

Auch nach optimistischen Schätzungen wird das Standortauswahlverfahren mindestens drei Jahrzehnte dauern, wahrscheinlich länger. Die Probleme bei der Zwischenlagerung müssen vorher gelöst werden. Für die Standortregionen – auch die, in denen es jetzt Zwischenlager gibt – bedeutet das: Sie müssen verhindern, dass sie gegeneinander ausgespielt werden. Sie werden miteinander kommunizieren, sich vernetzen und ohne die Kontrolle des „Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit“ ihre Zusammenarbeit entwickeln müssen. (Einen ersten Ansatz dazu bietet die Atommüllkonferenz in Göttingen.) Es gibt also keinen Grund, über Langeweile im Widerstand zu klagen, weil der Staat nun die Suche nach einem „Endlager“ in ein gesetzlich geregeltes Standortauswahlverfahren überführt hat. Im Gegenteil: Gerade dessen verfeinerte Kontroll- und Behinderungswerkzeuge, mit denen Parteien, Regierung und „Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit“ die Beteiligung der Öffentlichkeit wirksam einhegen können, machen es nötig, dass die Standortregionen selbst die Initiative ergreifen.



Aus Zwischenlagerung wird Dauerlagerung

Die nächste Katastrophe zeichnet sich ab

Analyse III Das Atommüllkarussell dreht sich. Die Suche nach einem *Endlager* für hochradioaktiven Müll wurde gerade „neu“ gestartet. Doch über die Gefahren der *Zwischenlagerung* wird die Öffentlichkeit getäuscht. **Wolfgang Ehmke** geht diesen Fragen nach.

Die überwiegende Mehrheit aller Experten geht von wesentlich längeren Zeiträumen bei der Suche und Inbetriebnahme eines wie auch immer gearteten Endlagers aus, als sie der Zeitplan der Bundesregierung mit der geplanten Standortentscheidung im Jahr 2031 und der Inbetriebnahme 2050 vorsieht.

So führt die Endlager-Kommission des Deutschen Bundestages mit Blick auf diesen Planungshorizont aus: „Angesichts von nach gegenwärtigen Erfahrungen plausiblen Zeitbedarfen (...) kommt man explorativ zu deutlich anderen Zeiträumen. (...) Die Inbetriebnahme (Beginn der Einlagerung der Abfälle) könnte erst für das nächste Jahrhundert erwartet werden, ein Verschluss erst weit in das nächste Jahrhundert hinein. (...) Das Verfahren wird sich über einen langen Zeitraum erstrecken, der deutlich über das Jahr 2031/2050 hinausreicht.“

» Nur 40 Jahre „Sicherheit“

Aber die Zwischenlager in Lubmin, Ahaus und Gorleben wie

auch die kraftwerksnahen Lagerstätten sind nicht auf 100 Jahre „Sicherheit“ ausgelegt, sondern auf 40 Jahre. Es klafft also eine beträchtliche Lücke zwischen dem Ablauf der Haltbarkeit – in Gorleben ist es das Jahr 2034 – und der möglichen Inbetriebnahme eines „Endlagers“, vermutlich muss man sich auf eine hundertjährige Lagerzeit in den oberirdischen Hallen einstellen.

» Politik ist nicht sensibilisiert

Doch das Bundesumweltministerium und seine nachgeordneten Behörden reagieren mit Durchhalteparolen. Es ist die Rede von einem „ambitionierten Zeitplan“, das, was wirklich auf uns zukommt, wird schlicht ignoriert. Schon jetzt sind Zwischenlager nicht ausreichend gegen Terroranschläge geschützt. Deshalb wurde das Zwischenlager in Brunsbüttel gerichtlich stillgelegt. Ähnlich diffizil stellt sich die Lage in Lubmin dar. Statt die geforderten Sicherheitsstandards auf andere Lager zu übertragen, duckten sich die Behörden weg, denn

wo keine Klagen mehr gegen die Lagerung anhängig sind, bliebe allein das Behördenhandeln. Das erweist sich aber als ein Nichtstun, nur ab und zu wird von der Notwendigkeit eines „Alterungsmanagements“ gesprochen. Die Lager werden aber nicht „nachgebessert“, der Müll steht da und wird mit Notverordnungen wie in Brunsbüttel rechtlich „gepuffert“.

» Nicht einmal Überflugverbot

In Ahaus und Gorleben wurde nach Nine Eleven, dem Terrorangriff auf die Twin Towers in New York im Jahre 2001, zwar davon gesprochen, dass die Hallen noch einmal mit einer Mauer „eingehaust“ werden, es sollten auf Drängen der Anti-Atom-Initiativen sogar Ablauffrinnen für Kerosin hinzukommen, doch gebaut wurde bis heute nichts. Behauptet wird nach wie vor, dass ein Castorbehälter selbst gegen einen gezielten Flugzeugabsturz ausgelegt sei und dass ein Brand die Behälterintegrität nicht gefährden würde. Folglich gibt es nicht einmal ein Überflugverbot. „Es ist nicht



zu fassen“, so die Bürgerinitiative im Wendland, „wie unsere Forderungen nach mehr Sicherheit in den Wind geschlagen werden!“

» Castoren nicht einsehbar

Anders als bei den Rost- und Blähfässern mit schwach- und mittelaktivem Müll, lässt sich einem Transport- und Lagerbehälter (meist wird vereinfachend dazu Castor-Behälter gesagt, aber es gibt noch andere Hersteller) nicht einfach ansehen, ob er noch intakt ist. Probleme kann es in Deckelbereich geben, wenn die Primärdichtung versagt. Dann soll auf den Sekundärdeckel noch ein weiterer Hut aufgesetzt werden. Es kann aber auch die Behälterintegrität selbst gefährdet sein. Was tatsächlich im Innern eines Behälters passiert, in dem sich beispielsweise abgebrannte Brennelemente befinden, ist ungewiss. Ob die Hüllrohre zerbröseln oder nicht, ob man den Inhalt überhaupt entladen könnte, das wären Forschungsfragen. Beantwortet werden sie derzeit nicht.

Zu befürchten ist: Wenn abgebrannte Brennstäbe bröckeln und Brennmaterial zusammenrieselt, besteht die Gefahr von Kritikalität und damit einer unkontrollierten

Kettenreaktion. Was aus dem Moderatorstäben wird, also den Polyethylenstangen, die die Neutronenstrahlung abschirmen, wenn sie über so lange Zeit unter Neutronen-„Dauerbeschuss“ sind, ist höchst unklar.

» Neue Lager benötigt

Alternativen zur aktuellen Zwischenlagerung, die sich sicherheitstechnisch überlebt hat, wären möglicherweise der Neubau von einigen Lagerstätten oder die Lagerung der hochradioaktiven Abfälle in einem Erdbunker.

Es reicht allerdings nicht aus, darauf zu spekulieren, sämtliche Zwischenlager in der Bundesrepublik durch ein einziges, riesiges Eingangslager am zukünftigen Endlagerstandort ersetzen zu wollen, wie es im Nationalen Entsorgungsprogramm (NaPro) festgelegt wurde. Schon die Benennung eines Endlagerstandortes bis 2031 ist mit großen Unsicherheiten behaftet, und im Interesse der Sicherheit müssen die bestehenden Zwischenlager sowieso vor diesem Termin ertüchtigt oder ersetzt werden. Die Genehmigung im Zwischenlager Gorleben läuft 2034 aus, und im Jahr 2019 wird die Gesellschaft für Nuklear-

Transportbehälter verschiedener Typen für hochradioaktiven Müll im Zwischenlager Gorleben.

service (GNS) die Sache los, weil der Staat der Betreiber sein wird.

» Wessen Aufgabe?

Stimmen werden laut, die Anti-Atom-Bewegung stünde vor einem Paradigmenwechsel und müsse in dieser Situation auch Vorschläge unterbreiten, wie zwischenzeitlich oder auf längere Sicht mit dem Atommüll in den oberirdischen Lagerstätten umgegangen werden soll. Man solle sogar froh sein, dass zum Beispiel in Gorleben neben der Castor-Halle eine Pilotkonditionierungsanlage (PKA) steht, also eine „Heiße Zelle“. In der Vergangenheit haben die Gorleben-Gegner die PKA bekämpft mit der Warnung: „Die machen den Castor auf!“. Fest steht, dass die PKA inzwischen völlig veraltet und für solche Forschungszwecke gar nicht geeignet ist. Der Autor findet, die Rolle der Anti-Atom-Inis habe sich nicht verändert: Missstände müssten aufgedeckt und Fragen über Fragen gestellt werden. „Für das Dilemma sind wir nicht verantwortlich, aber den Verantwortlichen auf die Finger zu schauen und ständig ein mehr an Sicherheit einzufordern, das muss unbedingt sein.“



Etwas läuft gehörig falsch in der Welt

Der Protest gegen den G20-Gipfel im Juli hat viele Gründe

Globalisierung In der Hamburger Innenstadt wird Anfang Juli das G20-Treffen der wichtigsten Staats- und Regierungsdelegationen stattfinden. Angela Merkel wird unter anderen Donald Trump, Wladimir Putin und Tayyip Erdogan empfangen. Die Vertreter/-innen von 90 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes und 80 Prozent des Welthandels geben sich ein Stelldichein. **Oliver Neß, Andreas Conradt und Martin Lemke** beleuchten die Situation.

Der Kreis der in Hamburg erwarteten 20 Staats- und Regierungschefs ist völkerrechtlich in keiner Weise legitimiert: Durch die Konzentration auf rein wirtschaftliche Interessen regieren die G20-Staaten nur allzu oft an der Vollversammlung der UNO – die ihrerseits natürlich völkerrechtlich legitimiert ist – vorbei.

Das Resultat: Kriege und bewaffnete Konflikte wie in Syrien, in Kurdistan, im Irak oder der Ukraine scheinen kein Ende zu nehmen. 1,8 Billionen Euro werden jährlich für Rüstung und Krieg ausgegeben. Gleichzeitig steigen die Rüstungsexporte. Über 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, gleichzeitig sind die Grenzen Europas und Deutschlands abgeschottet. Auf der Suche nach Sicherheit ertrinken Tausende Menschen im Mittelmeer, das zur tödlichsten Grenze der Welt geworden ist. Selbst Rassismus und offener Hass nehmen in vielen Ländern der Welt zu statt ab – auch in Deutschland. Die Wahrheit ist immer seltener Kriterium,

allzu viel wird behauptet und herbeigelogen, was Ängste und Vorurteile schürt. Die Politik gibt diesen Stimmungen nach und befeuert sie noch. Inzwischen werden Geflüchtete sogar in Kriegsgebiete abgeschoben.

Für Viele Bürger/-innen Europas wird schon das Grund genug sein, im Juli in Hamburg zu demonstrieren. Doch es gibt noch mehr Anlass.

Der menschengemachte Klimawandel ist eine inzwischen unbestreitbare und bedrohliche Realität. Seine Auswirkungen sind schon heute spürbar und treffen vor allem diejenigen Menschen und Länder, die ihn am wenigsten verursacht haben. Dennoch passte die Bundesregierung ihren Klimaschutzplan den Interessen der Braunkohle-Industrie an. Im Weißen Haus sitzt mit Donald Trump zudem ein Präsident, der den Klimawandel für eine Lüge hält. Japans Ministerpräsident Abe will nur sechs Jahre nach der Katastrophe von Fukushima zurück zur Kernkraft, Russlands Prä-

sident Putin plant den Bau neuer AKW und sichert Ungarn Unterstützung für das dortige Nuklearprogramm zu. Der türkische Autokrat Erdogan nennt diese Pläne „überlebenswichtig“ – und träumt selbst vom Bau neuer Reaktoren. Und auch Frankreichs Staatspräsident Hollande hat noch kurz vor der Wahl bekräftigt, dass das Pannen-AKW Fessenheim so lange am Netz bleiben müsse, bis der Neubau in Flamanville fertiggestellt ist.

Auf dem Gipfel in Hamburg werden die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten über „Bekämpfung von Fluchtursachen“ sprechen, aber keines der großen Herkunftsländer wird am Tisch sitzen. Sie werden über „Partnerschaft mit Afrika“ reden, aber fast den gesamten Kontinent außen vor lassen. Es werden die größten kriegführenden und rüstungsproduzierenden Staaten über Frieden sprechen. Und über den Klimawandel, dabei aber die Interessen der Erdöl-, Kohle- und Autoindustrie vertreten. Und der Ato-

mindustrie. „Da kommen wir ins Spiel“, sagt Kerstin Rudel von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. „Mit einem Anti-Atom-Block voller Fahnen und Banner wollen wir demonstrieren, dass Atomkraft keine Option ist: keine Kohle, kein Gas, keine Atomkraft! Die Zukunft ist erneuerbar!“

Tatsächlich zeigen sich zwei Monate vor dem Gipfeltreffen Konturen von Gegen- und Protestveranstaltungen beachtlicher Größe: So plant das Bündnis „Grenzenlose Solidarität statt G20“ für den 8. Juli eine Großdemonstration in der Hansestadt, schon drei Tage vorher veranstaltet Attac zusammen mit Kooperationspartner/-innen als Gegenstück zum G20 den „Gipfel für globale Solidarität“. Im Aufruf heißt es: „Höchste Zeit, dass alle diejenigen, die eine andere Politik wollen oder bereits praktizieren, sich verständigen, wie wir in dieser Situation eine Wende erreichen können. Wir müssen die Zusammenhänge der globalen Probleme untersuchen und sie an der Wurzel packen.“ Im Vorfeld des G20-Gipfels sind noch viele weitere Aktionen und Demonstrationen geplant.

Allerdings wird der G20-Gipfel Hamburg über Tage hinweg lahmlegen. Es wird undurchdringliche Sicherheitszonen um die Messehallen, das Rathaus und die großen Luxushotels geben. Straßenzüge werden gesperrt, gepanzerte Kolonnen, die nicht halten dürfen, durch die Stadt rasen, Panzerfahrzeuge und Drohnen eingesetzt. Es wird die elektronische Überwachung in einem bisher nicht gekannten Maß organisiert, Meldestellen und Kontrollpunkte werden eingerichtet, die Bundeswehr wird Flugzeuge und Spezialkräfte einsetzen. Linke Aktivist/-innen werden schon jetzt vom Verfassungsschutz angesprochen und bedroht. Das den Messehallen benachbarte Gericht wird umgesiedelt, die Untersuchungshaftanstalt Holstenglacis evakuiert, eine Gefangenensammelstelle für Demonstrantinnen und Demonstranten für drei Millionen Euro südlich der Elbe hergerichtet. Es werden 20000 Polizist/-innen und Soldat/-innen eingesetzt – zuzüglich aller bundesdeutscher



Geheim- und Sicherheitsdienste sowie der aller übrigen beteiligten Staaten. In der polizeilichen Pressestelle werden 300 Mitarbeiter/-innen unablässig twittern, schreiben, Interviews geben und ihre Sicht der Dinge verbreiten.

Wer sich je mit dem Thema „innerstädtischer Aufstandsbekämpfung“ beschäftigt hat, mag ermessen, wie sehr es die Beamten/-innen der Inneren Sicherheit reizt, eine solche Veranstaltung („polizeiliche Großlage“) durchzuführen und zu kontrollieren.

Mit über 100000 erwarteten G20-Gegnern/-innen und einem kunterbunten Protest-, Widerstands- und Kultur-Programm könnte Hamburg Anfang Juli vier spannende Tage erleben. So teilt das Bündnis „Grenzenlose Solidarität statt G20“ mit: „Mögen sich die Staatsgäste und ihre Delegationen in den Messehallen verbarrikadieren, die Straßen werden den Menschen gehören. Unsere Kritik richtet sich nicht nur gegen einzelne Personen und Repräsentanten, sondern gegen die Verhältnisse und Strukturen, die diese hervorbringen. Wir werden unsere Ablehnung der kalten und grausamen Welt des globalen Kapitalismus deutlich machen, wie sie von den G20 repräsentiert und organisiert wird. Wir werden unsere Solidarität mit all jenen zum Ausdruck bringen, die weltweit durch Proteste, Streiks oder Aufstände der Politik der G20 entgegentreten. Unser Verlangen nach einer Welt des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der grenzenlosen Solidarität wird unüberhörbar sein.“

Zum G20-Gipfel sind viele Aktionen und Demonstrationen geplant. Auch gegen das Wiedererstarken der Atomkraft

Aktionen Übersicht im Web

Der Berliner Förderverein Libertad! e.V. betreibt die Internetseite www.g20hamburg.org, auf der alle für Anfang Juli geplanten Veranstaltungen, Demos und Aktionen zusammengefasst sind. Dort gibt es auch Informationen über An- und Abreise sowie zu Übernachtungsmöglichkeiten.

Die Gegenveranstaltung „Gipfel für globale Solidarität“ hat zudem eine eigene Website, die unter <http://solidarity-summit.org> erreicht werden kann.

Auch für die Demo am 8. Juli gibt es Informationen auf einer eigenen Seite: <http://g20-demo.de>. Anreisemöglichkeiten aus dem Wendland werden zu gegebener Zeit auf der Website der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg verfügbar sein: www.bi-luechow-dannenberg.de

Polizeimaßnahmen Anwaltsverein hilft

Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) wird gemeinsam mit der Roten Hilfe und dem Ermittlungsausschuss allen von Polizeimaßnahmen Betroffenen mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen und beteiligt sich an der Organisation und Durchführung des anwaltlichen Notdienstes. Auf einer eigenen Website sind Hinweise und Informationen für Demoteilnehmer/-innen, Betroffene und Anwält/-innen einsehbar: Formulare, Rechtsprechung, Nachrichten, Artikel und praktische Tipps. Die Adresse lautet: www.anwaltlicher-notdienst-rav.org

Panzer, Wanzen, Drohnen

Polizei Der beim G20-Gipfel zuständige Leitende Polizeidirektor Hartmut Dudde ist Atomkraftgegner/-innen mit Wendland-Erfahrung sattsam bekannt. Doch auch die übrigen Polizeimaßnahmen haben es in sich. Von Rechtsanwalt **Martin Lemke**

Der für den Polizeieinsatz zuständige Hamburger SPD-Innenminister Grote, angesichts der illustren Gästeliste ein eher kleines Licht, hat es sich nicht nehmen lassen, statt des regulär zuständigen Polizeiführers durch Senatorenverfügung den Leitenden Polizeidirektor (LPD) Hartmut Dudde als Gesamteinsatzleiter zu bestimmen. Es hätte in der Hamburger Polizeiführung liberale Alternativen gegeben. Dudde hingegen ist ein wenig berühmt, aber sehr berüchtigt. Kein Jahr ist vergangen, in dem er nicht durch rechtswidrige Befehle aufgefallen ist. Das Hamburger Verwaltungsgericht hat mehrfach festgestellt, dass die Anordnungen und durchgeführten Maßnahmen des LPD Dudde unzulässig, rechtswidrig, nicht begründet und unangemessen waren. Die grundrechtswidrigen Polizeiaktionen richteten sich gegen Umweltschutzorganisationen, autonome Gruppen, Bauwagenbewohner/-innen, Demonstranten/-innen und Volksfestbesucher/-innen. Anlässlich des Castortransports ins Wendland im Jahr 2010 hat das Landgericht Lüneburg festgestellt, dass LPD Dudde – gegen die Vorgaben der Gesamteinsatzleitung in Lüneburg – an der Bahnstrecke einen rechtswidrigen Kessel aus Polizeifahrzeugen errichten und über 1000 Menschen zu Unrecht einsperren ließ, vorher gegebene Versprechen und Absprachen missachtete und die Kontaktaufnahmen zu Anwälten und dem Gericht unterband. Er erklärte, die Möglichkeit, einen so großen Kessel zu veranstalten, ergebe sich nur selten. LPD Dudde ist selbst innerhalb der Hamburger Polizei wegen seines autoritären, unkooperativen und rechtswidrigen Verhaltens umstritten. Er ist als Garant für Unrecht und Hetze gegen Bürger- und Grundrechte ausgewählt worden. Der Großeinsatz zum G20 Gipfel bietet ihm eine Dimension, wie sie Hamburg bisher noch nicht erlebt hat. Das verheißt nichts Gutes.

» Kontrolle der Polizei ausgeschlossen

Unmittelbar nach seiner Ernennung zum „Leiter des Vorbereitungsstabes und Polizeiführer der Einsätze“ hat Dudde zwei bemerkenswerte Anordnungen getroffen:

Zum einen verfügte er, dass das polizeiliche Einsatzkonzept nicht den parlamentarischen Gremien der Bürgerschaft vorgelegt wird und eine demokratische Kontrolle der Polizei damit ausgeschlossen ist. Bis auf einige Abgeordnete der Linken hat kein/-e Parlamentarier/-in nachgefragt oder Aufklärung verlangt. Die Polizei streut ihre Informationen stattdessen über das Hamburger Abendblatt und ihre eigene Presseabteilung. Tatsächlich bedeutet dies, dass nicht mehr Politiker/-innen, Abgeordnete oder Senatsmitarbeiter/-innen über Rechte und Pflichten von Versammlungen aufklären, nicht mehr politisch Verantwortliche die Einschränkung von Grundrechten anlässlich des G20 Treffens bewerten, nicht mehr Parteien den Streit über angemessene oder überzogene Maßnahmen führen, sondern dass die Polizei erklärt, was gut, richtig und akzeptabel ist und was eben nicht. Die „Verpolizeilichung der Politik“ setzt sich so immer mehr durch. Auch im Wendland erklärt schon lange kein Politiker der Bevölkerung mehr, wie es mit der Atomkraft weitergeht, sondern die Polizei erklärt, warum Atomtransporte wichtig sind und wo die demokratischen Grundrechte des Protests aufhören. Wer das nicht akzeptiert, wird schnell von dem/der Bürger/-in zum „polizeilichen Gegenüber“ oder gleich zum/zur Beschuldigten. Zum zweiten hat Dudde Gespräche mit den Militärbehörden auf-

genommen und zwar dem „Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr“ (KdoTerrAufgBW) in Berlin – laut eigener Website zuständig für den militärischen Teil der zivil-militärischen Zusammenarbeit mit Feldjägern, bewaffneten Sicherungs- und Unterstützungskompanien – und dem „Zentrum für Operative Kommunikation“ (ZOoKomBW). Letzteres „analysiert die Situation der Bevölkerung in den Einsatzgebieten“. Dieses Kommando stellt zudem die technischen Einrichtungen zur Überwachung „der Bevölkerung in den Einsatzgebieten“ (hier: Hamburger Karolinen- und Schanzenviertel statt Kundus oder Mali). Etwas ziviler gibt sich das Landeskommando Hamburg der Bundeswehr (LKdoHH) in seiner Selbstdarstellung. „Wir sind Anlaufpunkt für Journalisten und Kulturschaffende. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind unsere Schwerpunkte“. Gemeint ist „embedded journalism“.

Anlässlich des G8 Gipfels 2007 in Rostock/Heiligendamm haben die Grünen den damaligen Einsatz der Bundeswehr noch scharf kritisiert. So ändern sich die Zeiten.

» Spionage selbst unter Freunden

Seit den Enthüllungen von Edward Snowden wissen wir, dass die Nachrichtendienste der beteiligten Länder Politiker/-innen und Dienste der jeweils anderen Staaten bei G20 Treffen ausspionieren. Es werden also nicht nur die Mobilfunkverbindungen, E-Mails und Computer von Demonstranten/-innen und Bürger/-innen der beteiligten Hamburger Stadtteile ausgeforscht, sondern die Dienste versuchen anlässlich solcher Treffen, bei „den Freunden“ Keylogger unterzubringen, um auch nach dem Gipfel noch Daten zu gewinnen. So betrieb der britische Geheimdienst beim G20 Treffen in London 2009 erfolgreich kostenlose Internetcafés in der Nähe des Tagungsortes und schöpfte jede/-n Tagungsteilnehmer/-in ab.

» Justiz im Ausnahmezustand

Auch die Justiz bereitet sich vor. Die Gefangenen der Untersuchungshaftanstalt, tatsächlich nur einen von schwacher Hand ausgeführten Steinwurf vom Tagungsort entfernt, werden verlegt, die Gerichte am Sievekingplatz haben alle Verhandlungen abgesagt und stellen ihre Arbeit ein, das Amtsgericht Hamburg mit der Haftabteilung, den Ermittlungsrichter/-innen und den Richter/-innen für die FGG-Verfahren (Inge-wahrsamnahme) wird nach Hamburg-Harburg – jenseits der Elbe und für echte Hamburger/-innen gefühlt kurz vor Bozen gelegen – umgesiedelt, wo zurzeit auch die Gefangenen-sammelstelle (Gesa) mit mehreren hundert Plätzen entsteht. Der Leiter der Haft- und Ermittlungsrichter hat erklärt, Anwäl/-innen allgemein und Familienangehörige in Gewahrsam befindlicher Jugendlicher hätten jederzeit Zugang zum Gericht (welcher 2007 in Rostock mit der Gerichts- und Gefangenen-sammelstelle erst gegen die Polizei als Hausherr erstritten werden musste). Das soll also besser werden, und die Richter/-innen wollen schnell entscheiden. Es wird sich zeigen, ob diese Zusagen eingehalten werden, oder ob die Polizei sich doch noch etwas einfallen lässt, aus der Strecke von der Innenstadt nach Harburg einen endlosen und stundenlangen Weg für die eingesperrten Demonstranten/-innen zu machen.

Let's grow a Vision

Vernetzung verschiedenster Akteure ist für Lüchow-Dannenberg der Schlüssel zur Energiewende

Suffizienz Am Anfang des Gorleben-Widerstands stand auch das Hüttendorf 1004. Neben dem Protest gegen die Erkundung wurde dort sowohl mit umweltfreundlichen Technologien als auch mit neuen Formen der politischen Beteiligung experimentiert. Beides, sagt Lüchow-Dannenburgs Klimaschutzmanager **Hans-Albrecht Wiehler**, sind immer noch Schlüssel für die Lösung einer unserer dringlichsten Herausforderungen – den Klimawandel.

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat sich verpflichtet, einen Weg zu beschreiten, der bis 2050 zu fast null Treibhausgas-Emissionen und zum halben Endenergieverbrauch führt – von 100 auf 0 in einer Generation also! Als so genannte Masterplankommune wurde er von der Bundesregierung als Modellregion ausgewählt, um zu zeigen, wie dies im ländlichen Raum gehen kann. „Wenn es klappen kann, dann wohl im Wendland“, müssen sie sich in Berlin dabei gedacht haben, denn die Ziele stellen uns vor die Herkulesaufgabe, innerhalb des nächsten Jahrzehnts unsere Regionalentwicklung auf ein komplett neues Gleis zu setzen. Dabei leistet der Landkreis nur einen notwendigen Beitrag, denn ohne eine radikale Wende ist ein unkontrollierbarer Klimawandel nicht mehr aufzuhalten.

Also: Klar machen zur Wende! Das steckt ja geradezu in unserer Region WEND:LAND! Mit Gorleben hat es begonnen, aber es muss weitergehen. Und bei einem solchen Neuaufbruch helfen die Erfahrungen der Vergangenheit und die Grundlagen, die vom Widerstand gelegt wurden. Eine dieser Grundlagen ist aus meiner Sicht seine Organisationsform. Er war vor allem deshalb so erfolgreich, weil er aus kleinen autarken Gruppen bestand, die sich vertrauten und im steten Gespräch standen. Das schaffte Kreativität, Flexibilität, Robustheit und Energie. Und es gab auch eine intensive Auseinandersetzung mit dem guten, dem einfachen, dem suffizienten Leben. Dies ist ein ganz wichtiger Punkt, weil immer deutlicher wird, dass wir mit Effizienzsteigerungen und Erneuerbaren Energien unsere Klimaschutzziele nicht erreichen werden.

Suffizienz ist deshalb ein zentraler Punkt, ein Prinzip, das in jedem

Themenfeld mitgedacht werden muss: in der Mobilität, beim Wohnen und Arbeiten, beim Konsum. Dieses veränderte Denken finden wir schon jetzt bei einer Reihe Engagierten der ersten Stunde. Sie geben die Anstöße, entwickeln konkrete Lösungen, machen Sichtweisen gesellschaftsfähig, lösen notwendige Diskussionen aus. Damit legen sie Grundlagen für den Kulturwandel. Auch diese Erfahrung ist im Zuge des Gorleben-Widerstands schon gemacht worden.

Die Klimaschutzleitstelle hat deshalb ein Dutzend solcher „Pioniere“ interviewt. Wir haben versucht zu verstehen, wo und wie sie einen anderen Weg eingeschlagen haben, was sich davon vielleicht eignet, um auch in einer breiteren Bevölkerung Akzeptanz zu finden. Im zweiten Schritt geht es nun darum, diese Pioniere sichtbar zu machen und diejenigen zu vernetzen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, um nach Lösungen zu suchen. Dieses Netzwerk soll sich nun immer weiter verdichten, soll spezifischer werden durch Treffen zum Beispiel zur gemeinschaftlichen Mobilität, der Selbstversorgung mit Lebensmitteln, der Reparatur und dem Tausch von Dingen. Als eine Vision im Hintergrund und als erster Zielpunkt steht die Schaffung einer Bildungsinstitution wie beispielsweise einer Suffizienzakademie für Leute inner- und außerhalb des Landkreises.

Gleichzeitig haben wir den Klimapakt Lüchow-Dannenberg aus der Taufe gehoben. Dieser Pakt ist eine Plattform für Persönlichkeiten, die für unsere Region Zukunftsverantwortung übernehmen wollen, die es anpacken wollen und keine Angst vor Veränderung haben. Eine Gemeinschaft von Vertretern aus Vereinen, Kirchen, Unternehmen, Politik und Verwal-



Der Gorleben-Widerstand war der Anfang, jetzt geht es vermehrt um das Zusammenspiel aller Kräfte, um dem Klimawandel wirksam zu begegnen.



tung, die sich verpflichten, gemeinsam Schritt für Schritt auf das Ziel der Klimaneutralität zuzugehen – stetig, überlegt und entschieden. Der Fingerabdruck als unser Logo zeigt worauf es dabei ankommt: auf die Unterschrift unter einen gemeinsamen Zukunftsvertrag und sichtbare Spuren durch tätige Hände.

Was könnte die Rolle der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) in solch einem Klimapakt sein? Wie gesagt, Wandel geschieht am Anfang durch die Wenigen der ersten Stunde, durch die Vordenkenden. Genau dies sind die Persönlichkeiten, die wir in den Reihen der BI finden. Sie hat das Pfund, diese Personen zu erreichen, anzusprechen, anzuregen, zu vernetzen. Außerdem funktioniert Klimaschutz und vor allem Suffizienz nur gemeinschaftlich und nur vor Ort richtig gut. Die BI-Regionalgruppen und BI-Aktivenzirkel können der Kern für regelmäßige Treffen sein, an denen gemeinsam gegessen und getrunken, herumgesponnen, Zukunftsorgen und -visionen geteilt werden und immer wieder die Frage gestellt wird: „Wie wollen wir leben in unserer Nachbarschaft, unserem Dorf, unserer Gemeinde?“. Die Erfahrung zeigt, dass sich aus regelmäßigen Gesprächen ein Gruppenvertrauen und gemeinsames Bild schält, das es braucht, um eine Vision zu entwickeln und das schließlich zu konkreten Projekten führt. Mit einem klaren gemeinsamen Bild einer wünschenswerten Zukunft können wir unserer tiefen Unzufriedenheit mit der jetzigen Situation begegnen. Und wenn ein solches Bild für eine Gruppe sich vertrauender Menschen klar vor Augen steht, gibt es meiner Meinung nach wenig, was sie noch aufhalten kann. Also: Let's grow the vision, 100% WEND:LAND!



Wendland, Hamburg, die Welt

Portrait Eng zusammenpfercht in einer Art Schiffsrumpf oder auf schwankenden Schlauchbooten nehmen die Zuschauerinnen und Zuschauer Platz. Spielort ist eine Scheune im Dorf Marlin im Wendland. Ahoi!

Die Segel sind gesetzt für die große Fahrt über das Mittelmeer. Europa heißt der Traum. Doch viele Menschen kommen in den Fluten um. „Da muss schon eine riesengroße Stadt unter dem Mittelmeer entstanden sein, in der all die ertrunkenen Geflüchteten jetzt leben!“

Als Ammar, ein syrischer Geflüchteter, dem in Hitzacker Kirchenasyl gewährt wurde, ihr diesen Satz sagte, war es um Utschel Pehlke geschehen: Die Tänzerin und Choreographin schrieb, probte, verwarf und entwickelte zusammen mit der „Freien Bühne Wendland“ ein Theaterstück, das beklemmt und doch außerordentlich poetisch wirkt: „Die Stadt unter dem Meer“.

Mit vier jungen Menschen aus Syrien und Afghanistan hat sich das Theater-Projekt auf den mehrsprachigen Weg gemacht, um die Geschichten der Flucht und des Ankommens in einer neuen Welt auf die Bühne zu bringen.

Der Widerstand gegen Gorleben hat viele Menschen im Wendland politisiert und ihren Lebensweg nachhaltig beeinflusst. Viele von ihnen engagieren sich heute über den Atom-Widerstand hinaus. Auch bei Utschel Pehlke ist das so.

Wolfgang Ehmke hat sich mit ihr unterhalten.

Pehlke ist eine Ur-Wendländerin, die in ihrer Kindheit den Widerstandsgeist, besonders den kreativen, aufgesogen hat. Die Eltern betrieben eine Drogerie in der Kreisstadt Lüchow, sie ging aufs Gymnasium, aber schon mit 18 war Schluss: „Ich hatte auf Schule keinen Bock mehr, ich wollte Tänzerin werden oder Rocksängerin.“ Doch bevor sie sich ihren großen Traum erfüllen konnte, wurde mal Ballett, mal Stepp getanzt, es wurde getrommelt und Pantomime gespielt.

Und außerdem gab es noch Gorleben, daran kam niemand wirklich vorbei, wenn man im Wendland aufwuchs. Beim ersten Gorleben-Treck 1979, als am Ende in Hannover 100 000 Menschen „Atomkraft – nein danke!“ und „Gorleben soll leben“ skandierten, rollerte sie schon mit den älteren Geschwistern auf Rollschuhen die erste Etappe von Gedditz nach Lüchow mit. Sie lebte im Gorlebener Tann im Anti-Atom-Dorf „Castornix“ und ließ sich am Ende in Harlingen von den Gleisen der Castor-Transportstrecke schleppen.

Drei Jahre lang besuchte Utschel schließlich das Norddeutsche Tanztheater in Hamburg, pendelte in jener Zeit zwischen Hitzacker und Hamburg und ließ schließlich die Hansestadt ganz alt aussehen. Denn zusammen mit ihrem Mann Hauke schuf sie in Hitzacker weit vor Eröffnung der Elbphilharmonie die „Elbvielharmonie“ mit

Blick auf den trägen Strom, einen KLP-Punkt mit Politik, Upcycling-Klamotten aus der Näh-Bar, Theater und Musik.

Heute arbeitet Utschel mit Jugendlichen in Crash-Kursen zu Themen wie Selfies, Computerspielen und Skateboards, und immer stärker tritt das Engagement für Geflüchtete in den Vordergrund. Als es – noch lange vor dem „Wir schaffen das“ der Kanzlerin – hieß, Deutschland wolle 10 000 Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen, raufte sie sich mit Gleichgesinnten zusammen und toppte diese klägliche Geste mit der Initiative, – in Anlehnung an die Geschichten aus 1001 Nacht – allein im Wendland 10 001 Flüchtlinge aufzunehmen. Als wirklich viele kamen, gründete sie die Plattform „Zuflucht Wendland“, der Bahnhof in Hitzacker wurde gekauft und in Eigenregie in einen Kulturbahnhof umgewandelt.

Und dann gibt es da noch das „Dorf“ – eine Idee, gemeinsam mit Flüchtlingen einen neuen Arbeits- und Lebensraum zu schaffen. „Raum – ja darauf kommt es an“, sagt Utschel, „wir brauchen Freiraum für Ideen. Und der Gorleben-Widerstand braucht das auch!“ Ob wir diesen Kampf gewinnen? Utschel ist unschlüssig. „Wahrscheinlich gewinnen wir, weil die andere Seite die Nase von uns voll hat“, lacht sie. Sie zögert: „Oder nur, weil sie eine andere Ecke finden, wo es nicht so viel kreativen Widerstand gibt.“





Widerstand kann viele Formen haben. 26, um genau zu sein, jedenfalls im Fall von Bettina Boll, die im schleswig-holsteinischen Geesthacht seit Jahrzehnten gegen das AKW Krümmel und den Forschungsreaktor der GKSS kämpft. Buchstaben sind ihre Waffe, aus Abfall-Karton geschnitten, bunt bemalt und – wo nötig – auf Stäben oder Stangen befestigt, die beim Hausbau übrig geblieben sind. Variabilität ist Bettina wichtig – einmal natürlich durch das Gutenberg'sche Lettern-System, andererseits aber auch durch die unterschiedlichen Möglichkeiten der Präsentation: ausgelegt, in der Hand, auf Stäben. Damit protestiert Bet-

tina selbst – und setzt auf Begegnung mit anderen Menschen, die bereit sind, mit ihr lange Wörter zu bilden. Sie kämpft gegen Kohle, AKWs und CETA, aber auch – jetzt kommt's! – gegen den Konsum-Terror durch Devotionalien, wie sie inzwischen auf allen Demos zuhauf feilgeboten werden.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Anzeige

Kulturelle WIDERSTANDSPARTIE

**PFINGSTFREITAG 2. JUNI 2017
AB 14,00 UHR**

an den Atomanlagen Gorleben

Musik auf 2 Solar-Bühnen ☀ Kulinarisches ☀ Wunde(R)punkte
Kunst ☀ Kultur ☀ Politik
!!NEU - Video Kunst - NEU!!

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

